



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

BILDUNGSPOLITIK IN RUSSLAND DUMAWAHLEN: NACH DER REGISTRIERUNG DER PARTEILISTEN

■ ANALYSE	Modernisierung von Russlands Bildungswesen zwischen Staat und Gesellschaft – die Lage vor den Wahlen	2
	Gerlind Schmidt, Frankfurt am Main	
■ ANALYSE	Zukunftsstrategie für die russischen Hochschulen: Klasse statt Masse	6
	Christine Teichmann-Nadiraschwili, Berlin	
■ DOKUMENTATION	Hochschule und Studium	10
■ UMFRAGE	Umfragen zum Bildungswesen in Russland	13
■ WAHLBEOBACHTUNG	Erste Erklärung der Assoziation GOLOS zu den Ergebnissen der Langzeitwahlbeobachtung der auf den 4. Dezember festgesetzten Wahlen zur Staatsduma der Russischen Föderation	16
■ UMFRAGE	Prognosen für die Dumawahlen 2012	20
	Die Rolle von Wahlbeobachtung	21
■ CHRONIK	Vom 20. Oktober bis zum 3. November 2011	23

Modernisierung von Russlands Bildungswesen zwischen Staat und Gesellschaft – die Lage vor den Wahlen

Gerlind Schmidt, Frankfurt am Main

Zusammenfassung

Das Bildungswesen Russlands, bis in die jüngste Zeit noch als das »beste Bildungssystem der Welt« bezeichnet, ist in den vergangenen Jahren vermehrt und vor den gegenwärtig bevorstehenden Wahlen zugespitzt in die öffentliche Kritik geraten. Beklagt werden erhebliche Defizite, die im Verlauf der angestrebten Modernisierung des Systems eingetreten sind und die Vorbereitung sowie Umsetzung, aber auch die Vermittlung der bildungspolitischen Entscheidungen in die Öffentlichkeit betreffen. Die breite Bevölkerung bekundet zunehmend ihren Unmut, langjährig tätige Experten scheuen nicht mehr davor zurück, Grundsatzfragen der Modernisierung aufzuwerfen. Der Mythos hoher Bildung als verbindender nationaler Wert ist zunehmend brüchig geworden.

Von Jelzin zu Putin – Gesellschaft, Entstaatlichung und »wilder Markt« vs. Rückkehr des Staates und »zivilisierter« Bildungsmarkt?

Nach dem Umbruch vor zwanzig Jahren war es ein Ziel des Neuanfangs in Russland, im Zeichen von Marktwirtschaft und Demokratisierung auch ein liberales Bildungssystem zu errichten. Das zugehörige Bildungsgesetz (BG; 1992) hat bis heute in seinen liberalen und marktorientierten Grundsätzen einer Ausrichtung an den Bedürfnissen und Interessen der Gesellschaft nicht an Bedeutung verloren. Als Voraussetzung der erhofften Demokratisierung wurden gesellschaftliche und individuelle Wahlfreiheiten sowie Spielräume für Partizipation verankert. Das staatliche Bildungsmonopol sollte gebrochen und der Übergang zu einem dezentralisierten Steuerungssystem gewährleistet werden, wobei der Staat lediglich als ausführendes Organ der Gesellschaft aufzutreten hatte. Nur so glaubte man, die herkömmliche Verwaltung – verächtlich als »administratives Kommandosystem« bezeichnet und in ihrem Handeln vielfach willkürlich oder gar korrupt – mitsamt der zugehörigen planwirtschaftlich-zentralistischen Finanzierung des Bildungswesens zu überwinden. Über vergleichbare »westliche« Muster einer neoliberalen Steuerung des Bildungssystems ging das BG dabei wesentlich hinaus. Dies gilt insbesondere für die Etablierung eines Wettbewerbs von Bildungsanbietern um die Bildungsteilnehmer, d. h. eine Nachfrageorientierung mit Blick auf Familien und Wirtschaft, sowie die Gewinnerzielung durch Erwirtschaftung von Eigenmitteln, aber auch für die bis heute außerhalb des Hochschulbereichs wenig genutzten Spielräume institutioneller Privatisierung im Bildungssektor.

Der Rückzug des Staates aus der Finanzierung des Bildungswesens in der Jelzin-Ära, Folge des Einbruchs bei den Staatseinnahmen, ließ in diesem Rahmen spontan »wildwüchsige« Finanzierungsmuster »von unten«

entstehen, die zwar das Überleben sicherten, neben progressiven Ansätzen jedoch auch erhebliche Missstände hervorbrachten. Insbesondere überlebte die direktivistische autoritäre Bildungsadministration des Staates. Die ursprünglich betonten Postulate, das Bildungswesen solle einen Beitrag zur Demokratisierung leisten, erwiesen sich zudem angesichts der Schwäche einer erst im Entstehen begriffenen Zivilgesellschaft rasch als illusionär.

Die Errichtung einer Machtvertikale im Rahmen der von Präsident Putin eingeleiteten »Rückkehr des Staates« in das Bildungswesen führte für die Einbeziehung der Gesellschaft in den 2000er Jahren zu einer grundsätzlichen Umorientierung. Neben der weiterhin verfolgten nationalpatriotischen Ausrichtung von Bildung trat mit der Modernisierungskonzeption von 2001 die Umsetzung der neuen neoliberalen Steuerung »von oben« in den Vordergrund, d. h. ökonomisch-organisatorische Fragen begannen die neuen Projekte der Bildungspolitik zu beherrschen. Zwar wurde die Einbeziehung der Gesellschaft in bildungspolitische Entscheidungen und Prozesse der Steuerung weiterhin proklamiert, sie geriet in der Praxis jedoch in den Hintergrund. Ähnliches gilt für die sozialen Aufgaben der Bildungspolitik. Muster der neu postulierten »staatlich-gesellschaftlichen« Partnerschaft sowie Kontrolle in den Bildungseinrichtungen, insbesondere im Bereich der Finanzierung und der Qualitätssicherung, kamen bis heute über erste Anfänge nicht hinaus.

Im Zentrum der Modernisierungspolitik stand indessen die Aufgabe, ein komplexes System von Regelungen, Richtsätzen und Kontrollen für einen »zivilisierten« anstatt des bisherigen »wilden Markts« von Bildungsdienstleistungen zu schaffen. Dieser hatte besonders im Hochschulsektor Fuß gefasst und stärkte die schon in der sowjetischen Ära privilegierte Stellung der Hochschulen gegenüber der Politik: Als ein

»selbstgenügsames« System festigte der Hochschulsektor seinen Status eines weitgehend autonomen bildungspolitischen Akteurs. Gestützt auf die in den 1990er Jahren – u. a. mangels Alternativen im Bildungswesen und am Arbeitsmarkt – wachsende Bereitschaft der Bevölkerung, erhebliche finanzielle Mittel in den Hochschulbesuch der jungen Generation zu investieren, war die Erhebung von Studiengebühren »von unten« entstanden, was für das Hochschulwesen eine höchst lukrative Einnahmequelle bedeutete. Dieser von der Verfassung (Art. 43,3) gedeckte Zustand bildet seither ein festes Kalkül der bildungspolitischen Entscheidungen des Staates.

Anders verlief hingegen die Entwicklung im finanziell von den oft mittellosen Kommunen abhängigen Schulsektor, der angesichts eklatanter Unterfinanzierung von großer Beharrung geprägt war. Zwar hatte 1994 ein Präsidentendekret auf Druck der Öffentlichkeit Schulgeldzahlungen im Bereich von Allgemein- und Berufsschulbildung offiziell als unzulässig erklärt. Jedoch gelang es im Schulwesen, für fakultative Angebote sowie Leistungen jenseits der eigentlichen Unterrichtserteilung Gebühren zu erheben. In den 2000er Jahren weiteten sie sich aus, wobei man sie zum Teil als freiwillige »Spenden« deklarierte. Die Bevölkerung verhielt sich hierbei ambivalent, denn in der Praxis folgten viele Eltern trotz anhaltenden öffentlichen Protests gegen die Verbreitung von Gebühren dem verbreiteten Grundsatz »Was nichts kostet, das taugt auch nichts«.

Kennzeichnend für die 2000er Jahre wurde unterdessen eine ständig anwachsende Flut rechtlich-administrativer Regelungen, die die politisch angestrebten »zivilisierten Formen« in den Beziehungen zwischen Schulen, Hochschulen und Bildungsteilnehmern formal festlegten. Anders als erwünscht weitete sich jedoch die Bürokratie ebenso wie die Korruption zunehmend über den Hochschulsektor hinaus aus, und entgegen den Proklamationen der Modernisierungspolitik blieb das marktähnliche Geschehen weitgehend intransparent. Zudem hielt sich die – neben Staat und Gesellschaft als einem dritten »Auftraggeber« für staatliche Bildungsdienstleistungen umworbene – Wirtschaft weitgehend zurück und baute vielmehr eigene Formen innerbetrieblicher Ausbildung auf.

Schleppend verlief schließlich die Umsetzung der Schlüsselprojekte der Modernisierungspolitik, so die fortschreitende Beteiligung am Bologna-Prozess (seit 2003), die Verallgemeinerung des Einheitlichen Staatlichen Examens (Zentralabiturs) EGE (seit 2001 in Erprobung), die gesetzliche Verabschiedung der Bildungsstandards für die allgemeinbildende Schule sowie die Überführung der Bildungseinrichtungen (BE) inkl. Schulen in einen rechtlichen Autonomiestatus. Dieser soll ergänzend zur garantierten staatlichen Grundfinan-

zierung insbesondere Spielräume und Verantwortlichkeiten für die zu erwirtschaftenden Einnahmen und Fremd-(Dritt-)mittel regeln. Schleppend verlief auch die Neufassung des wegen zahlreicher Ergänzungen und Korrekturen erneuerungsbedürftigen BG sowie das Projekt zur Einführung eines leistungsbezogenen Gehaltssystems, das insbesondere für die Anhebung der regional stark streuenden und teilweise extrem niedrigen Lehrergehälter von Bedeutung ist.

Am Ende von Putins zweiter Amtszeit zeigte sich, dass es auch unter großzügigem Einsatz materieller Anreize (siehe das Nationale Projekt »Bildung«, 2007) sowie ungeachtet der raschen Verabschiedung mehrerer einschlägiger Gesetze nicht gelungen war, Vertrauens- und Motivationsdefizite sowie Reformmüdigkeit in der sogenannten »Bildungsgemeinschaft« (obrasowatelnoje soobschtschestwo) und auf der Ebene der Regionen zu überwinden. In der Praxis beschränkte man sich weiterhin auf eine lediglich formale Umsetzung der Neuerungen oder leistete passiven Widerstand, zumal die Modelle meist nur schrittweise, regional begrenzt oder als »Experimente« eingeführt wurden (wiederholt war die Beteiligung sogar zur Wahl gestellt). Ungeachtet fortgesetzten Unmuts gegenüber den Maßnahmen blieb die breite Bevölkerung bis in die jüngste Vergangenheit weitgehend passiv, und insbesondere im Alltag der Schulen blieb Vieles beim Alten.

Aufmerksamkeit verdient jedoch die anders verlaufende Entwicklung unter den Politikberatern und Experten, unter ihnen viele progressive Pädagogen und Psychologen aus Wissenschaft und Praxis, darunter Hochschulrektoren, Lehrer-Reformer oder Duma-Abgeordnete sowie schließlich Bildungsminister und stellvertreter. Viele von ihnen sind bereits in der Jelzin-Ära oder, wie der erste russische Bildungsminister, in der Perestroika aktiv gewesen (dieser hatte bereits für das BG von 1992 verantwortlich gezeichnet). Inzwischen wird der Personenkreis, der in seinen Positionen durchaus nicht homogen ist, anders als in den 1990er Jahren kritisch als »Bildungsestablishment«, als die »Leute des Staates« oder die »Bildungsöffentlichen« (obrasowatelnye obschtschestwenniki) bezeichnet. Dennoch begann unter ihnen ein kritischer und zugleich konstruktiv ausgerichteter Diskurs.

Rückkehr der Gesellschaft in das Bildungswesen – Alternative unter Medwedew?

Als seit dem Amtsantritt Medwedews die Entwicklung der Zivilgesellschaft und eine geistige Erneuerung des Landes auf der Agenda des Präsidenten standen, gelangte die Beteiligung der Gesellschaft im Bildungswesen wieder auf die Tagesordnung. Über teils beißende Kritik an

mangelhafter Vorbereitung und groben handwerklichen Fehlern bei den großen Projekten hinaus scheuten sich die Experten nicht mehr, auch öffentlich bildungspolitische Grundsatzfragen der Modernisierung aufzuwerfen, die sich im Übrigen nicht nur in Russland stellen. Verbunden mit der Forderung, den »Dialog zwischen Macht und Öffentlichkeit« aufzunehmen, wurde insbesondere die Vermittlung der bildungspolitischen Entscheidungen gegenüber der Bildungsgemeinschaft und der breiten Öffentlichkeit problematisiert.

So entstand unter der Ägide des von Medwedew initiierten Projekts »Unsere neue Schule« ein theoretisch ambitioniertes Strategiepapier zur Modernisierung (Autor: A. Asmolow), das nun wieder von einem Verständnis von »Bildung als gesellschaftlichem Handeln« ausgeht. Es fußt auf den Diskursen der Gesellschaftskammer und knüpft zugleich an Gedanken der progressiven Reformen aus der Zeit des Neuanfangs an. Aufgeworfen wird die Frage einer neuen »Ideologie« sowie »Mission« für das Bildungswesen: Als Sozialisationsinstitut in einer sich wandelnden Umwelt müsse das Bildungswesen auf die Entwicklung einer »offenen Zivilgesellschaft« ausgerichtet werden und zur Schaffung einer neuen gesamtnationalen gesellschaftlichen Identität beitragen. Bildung sei bislang zu wenig als Instrument der Politik genutzt worden, um zur Erreichung der zentralen Politikziele wie Wirtschaftswachstum, harmonischer gesellschaftlicher Beziehungen, Abbau interethnischer Spannungen und sozialer Stratifizierung beizutragen. (Diese Position blieb nicht unwidersprochen, das Potential des Bildungswesens, Probleme der Gesellschaft zu lösen, dürfe nicht überschätzt werden, hieß es.)

Darüber hinaus unterzog das Papier auch die Marktorientierung des Bildungswesens, von der Bevölkerung nur als Ende der kostenlosen Bildung verstanden, einer grundsätzlichen Kritik. Mit ihrer technokratischen Verengung vernachlässige die Politik im Zeichen der neoliberalen Steuerung die soziokulturelle und kulturhistorische Dimension von Bildung (dies unter Hinweis u. a. auf Foucault sowie Leontjew und Wygotskij).

Die wiederholte Kritik am »Mythos Markt« hinterließ in jüngster Zeit bereits Spuren im bildungsökonomischen Diskurs. So verschließt sich der Rektor der Moskauer Hochschule für Ökonomie (zugleich langjähriger enger Berater der Regierung) nicht mehr pädagogischen Argumenten, nach denen Bildungsprozesse ein personales Zusammenwirken und keine bloße Tauschbeziehung auf einem anonymen Markt darstellen. Ungeachtet der öffentlich beklagten Ungerechtigkeiten und sozialen Probleme, die bei extensiver freier Schulwahl entstehen – z. B. bei der Einschulung von Kindern in der benachbarten Schule, die bereits von Ortsfremden überfüllt ist oder aber mangels Nachfrage vor der Schließung

steht – und die bereits gerichtlich kontrovers entschieden wurden, rückt der namhafte Experte jedoch nicht von Wettbewerbsmodell und Nachfrageorientierung ab. Mittlerweile werden sogar regionale Rating-Listen von Schulen für die Eltern erprobt. (Anzumerken ist, dass inzwischen das Konkurrenzmodell der Schulen wegen seiner negativen sozialen Auswirkungen international, aber auch bei einigen russischen Experten zunehmend als überholt gilt.)

Indessen hält das Führungsduo von Präsident sowie Premier an den bisherigen Modernisierungsprojekten fest. Insbesondere Putin preist sie als »Innovationen, neue Ideen, die in der Welt entstehen«, welche Russland bei allem Stolz auf die »vaterländische Bildung« als »Herausforderungen der Zeit ... aufsaugen« müsse. Angesichts der von Medwedew erzeugten Aufbruchstimmung wurde »die Macht« in jüngster Zeit jedoch zunehmend mit neuen Formen des Protests aus der Gesellschaft konfrontiert. Deutlich wird der Glaubwürdigkeitsverlust der Politik bei der Bildungsöffentlichkeit in seit den Lehrerstreiks der 1990er Jahre nicht mehr gekannten Protestbekundungen und -aufrufen sowie öffentlichen Meinungsumfragen. Hierbei tritt das Internet als Medium hervor, das immer seltener anonym genutzt wird. Als exemplarisch kann ein offener Brief gelten, der zu Jahresbeginn im Internet heftige Kritik an den neuen Bildungsstandards der oberen Sekundarstufe an die Exekutive und die Duma richtete (die kompetenzorientierten Standards sollen die traditionellen Bildungsprogramme und Lehrpläne mit ihrer Stofffülle ablösen). Der Brief wurde von 23.000 Personen, vom Akademiemitglied bis zum Taxifahrer, unterzeichnet. Erheblichen Widerspruch rief darin u. a. die inzwischen abgemilderte Regelung hervor, dass Oberstufenschüler – bei nur noch wenigen obligatorischen Unterrichtsfächern und ansonsten freier individueller Fächerwahl – insbesondere das Fach Russische Literatur abwählen konnten. (Schon seit den 1960er Jahren hatten sich wiederholt Alternativen wie Gabelung, Zweig- oder Profilbildung gegenüber einem im Grundsatz einheitlichen allgemeinbildenden Abitur nicht durchsetzen lassen).

Als problematisch erwies sich zugleich das zuvor fixierte Postulat, die neuen Bildungsstandards in einem »Gesellschaftsvertrag« zwischen Staat, Familie und Gesellschaft festzulegen (Gesetz von 2007). Beachtung verdient zudem die Gründung einer neuen, sich als »alternativ« bezeichnenden Lehrergewerkschaft, die gegen die vorhandenen Einengungen und Missstände in Lehrerausbildung und -berufsausübung auftritt.

Die Reaktion der »Macht« spiegelt sich beispielhaft im Schicksal des 2009 endgültig eingeführten EGE wider. In diesem Schlüsselprojekt sind unterschiedliche Aufgaben und Funktionen eine komplexe Verbindung

eingegangen: Als landesweit einheitliche Abiturprüfung sollte mit dem EGE den Universitäten die Entscheidung über den Hochschulzugang entzogen, die zugehörige Korruption bekämpft sowie eine Qualitätskontrolle – von der Arbeit des einzelnen Lehrers über die Schule, die Region bis zum Gesamtsystem – ermöglicht werden. Zumal der in breiten Kreisen inzwischen verhandelte Skandal um das EGE (neben zahlreichen Unregelmäßigkeiten kam es, teilweise unter Mitwirkung der lokalen Administration, mehrfach zu Fällen von Betrug) ließ den Premier wiederum selbst an die Öffentlichkeit treten – zunehmend unterstützt vom Präsidenten und dem Bildungsminister (siehe deren Rundfunkinterview vom 24.08.2011 im Sender »Echo Moskwy«). Neben einer Fülle von Beschwichtigungen machte Putin bevorstehende Korrekturen, Abschwächungen, Ausnahmeregelungen und Terminaufschübe bei den verschiedenen Großprojekten publik. Endgültige Entscheidungen, z. B. für das neue BG, wurden jedoch in das Jahr 2012, d. h. auf nach den Duma-Wahlen im Dezember vertagt. Hervorhebung verdient nicht zuletzt ein veränderter Stil seitens der politisch Verantwortlichen gegenüber der professionellen Gemeinschaft. So hielt der Premier z. B. Ende August 2011 persönlich eine sehr ausgewogene Ansprache vor Mitgliedern des einflussreichen Hochschulrektorenverbands. Bereits zuvor hatte sich der Bildungsminister bei seinen Auftritten bisweilen selbstkritisch gezeigt, zumindest aber weitaus konzilianter als in seiner bisherigen siebenjährigen Amtszeit. Ob seine Tage gezählt sind, bleibt abzuwarten; in Meinungsumfragen (z. B. WZIOM oder »Lehrerzeitung«) erhält seine Arbeit jedenfalls negative Bewertungen, ein studentischer Blog ruft sogar zu seiner Absetzung auf.

Fazit

Der Mythos hoher Bildung als verbindender nationaler Wert, Quelle von Wirtschaftswachstum, aber auch des

Erwerbs von Zertifikaten für den persönlichen Lebensweg und die berufliche Karriere der jungen Generation ist in jüngster Zeit zunehmend ins Wanken geraten. Mit dem Wechsel im Präsidentenamt von 2008 entfalten sich zwar Debatten, die einem politischen Kräftespiel, der Einbindung der Gesellschaft sowie der führenden Köpfe des Bildungswesens in die Entscheidungsprozesse vorerst wieder mehr Raum zu geben schienen. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass die Einbeziehung der »Gesellschaft« sowie der Praktiker und Experten wiederum Mustern der sowjetischen Ära folgt. Bezweckt würde dann lediglich, die Legitimierung der politischen Entscheidungen zu sichern sowie Informationen über die Akzeptanz der bildungspolitischen Projekte in der Bevölkerung sowie bei den Experten zu gewinnen. Der Schöpfer der »gelenkten Öffentlichkeit« Putin versucht dabei zugleich Führungsstärke, konsequentes Handeln und Kontinuität angesichts einer bislang eher sprunghaften Entwicklung voll unerwarteter Einschnitte zu demonstrieren. Die wachsende Mittelschicht hat jedoch begonnen, sich verstärkt zu artikulieren, und die Experten präzisierten ihre Positionen in einem sich für neue, differenziertere Argumente öffnenden Diskurs. In der Debatte dürften die gemäßigten neben den extremen Positionen an Raum gewinnen – dies betrifft die Muster einer technokratischen Modernisierung vorgeblich »westlicher« ebenso wie diejenigen einer überwunden geglaubten sowjetischen Provenienz: Ob und unter welchen Vorzeichen die Grundsatzfrage nach einer »neuen Mission« für das Bildungswesen in einer offenen Zivilgesellschaft aktuell bleibt, wird abzuwarten sein.

Über die Autorin

Gerlind Schmidt, Dipl.-Hdl., Dr. phil., war langjährige wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt/Main (bis Ende 2004).

Literaturempfehlung:

- Schmidt, Gerlind: Schule und Bildungswesen in der Russischen Föderation – Bildungspolitik und Steuerung zwischen neuen Konzepten und alten Mustern. In: TiBi, Nr. 24, April 2010 http://www1.dipf.de/publikationen/tibi/tibi24_schmidt.pdf Gekürzte Druckfassung in: Die Bildungssysteme Europas. Hg. Döbert, Hans u. a. Baltmannsweiler 2010, S. 619 – 643.
- Maria Belaja-Lucić: Das postsowjetische Bildungswesen. Diskurse im Spiegel der Zeitung »Pervoe sentjabrja« (1992 – 1999). Münster u. a.: Waxmann Verlag 2009.

Zukunftsstrategie für die russischen Hochschulen: Klasse statt Masse

Christine Teichmann-Nadiraschwili, Berlin

Zusammenfassung

Trotz deutlicher Zuwachsraten in der staatlichen Alimentierung der russischen Hochschulen hat die Qualität der akademischen Ausbildung in vielen Fachrichtungen spürbar nachgelassen. Experten sprechen von einer »Profanierung der Hochschulbildung«, da immer mehr Bewerber zum Studium zugelassen werden, die nicht über die notwendigen intellektuellen Voraussetzungen, aber über ausreichend Geld zur Finanzierung einer Hochschulausbildung verfügen. Um dieser fatalen Entwicklung Einhalt zu gebieten, sollen staatliche Mittel künftig effizienter eingesetzt werden, indem diese vorrangig an international wettbewerbsfähige »Hochschulgiganten« (v. a. Forschungsuniversitäten) vergeben werden, die in den von der Politik als prioritär für die nationale Wirtschaft eingestufteten Fachrichtungen ausbilden und forschen.

Die Entwicklung der Hochschulbildung

Während derzeit in Deutschland mit Blick auf wachsende Studierendenzahlen und dem Anspruch, Wissenschaft und Lehre überall auf hohem Niveau zu garantieren, von einer »Finanzierungskrise« die Rede ist, auf die das deutsche Hochschulsystem zusteuern würde (so die Worte des Präsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin im Frühjahr 2011), haben die russischen Hochschulen die Wirtschaftskrise weitgehend unbeschadet überstanden und erhalten zudem seit Jahren immer mehr Geld aus dem Staatshaushalt, obwohl die Studierendenzahlen stagnieren bzw. aus demographischen Gründen sogar rückläufig sind. Einige Einrichtungen beziehen weitaus größere Summen vom Staat als andere, da sie sich in einem Auswahl- und Wettbewerbsverfahren – ähnlich der deutschen Exzellenzinitiative – durchsetzen konnten und jetzt als »Forschungsuniversitäten« Priorität in der staatlichen Alimentierung genießen. *Aber:* Mehr Geld bedeutet nicht automatisch bessere Qualität in der Hochschulausbildung. Im Gegenteil – im letzten Jahrzehnt ist trotz permanenter Erhöhung der staatlichen Zuwendungen für die nationalen Hochschulen die Qualität in der Ausbildung deutlich zurückgegangen, so die Aussagen von Hochschulakteuren und Bildungspolitikern. Im Nachfolgenden sollen diese beiden Tendenzen näher betrachtet, ihre Interaktion untersucht und Szenarien für die künftige Entwicklung aufgezeigt werden.

Diversifizierung der Hochschulfinanzierung als Überlebensstrategie in den 1990er Jahren

Erinnert sei daran, dass mit Beginn der 1990er Jahre die russischen Hochschulen in eine tiefe und langwierige Finanzkrise gerieten, da sich der Staat aufgrund fehlender Wirtschaftskraft aus der finanziellen Verantwortung für seine akademischen Einrichtungen zurückzog und diese weitgehend sich selbst überließ. Die Folge war, dass die Einrichtungen nach anderen Möglichkeiten suchen mussten, um die kargen Zuwendungen aus dem Staatshaushalt aufzubessern, um so zumindest ihr

Überleben zu sichern. In dieser Zeit setzte im Hochschulbereich wie auch in anderen Bereichen des Bildungssystems eine Kommerzialisierung ein, die sich vor allen Dingen darin manifestierte, dass die Einrichtungen Gebühren für die von ihnen angebotenen Bildungsdienstleistungen erhoben. Auf diese Weise flossen beträchtliche Summen an privaten Geldern in die Bildung und immer wieder wurde vor der »Kommerzialisierung der Bildung« und deren negativen Folgen gewarnt. Experten sind der Auffassung, dass bis zum Beginn des neuen Jahrhunderts die Hochschulen nur dadurch überleben konnten, dass sie systematisch mit allen legalen und illegalen Mitteln die Zahl der zahlenden Studierenden und ihre Angebote an gebührenpflichtigen Leistungen erhöht haben.

Seit einigen Jahren kann man feststellen, dass diese schwierigen Zeiten offenbar überstanden sind. Es gibt heute einige hervorragende russische staatliche Hochschulen und Universitäten (ähnlich wie zu Zeiten der Sowjetunion), die auch international in der »ersten Liga« mitspielen, und die Kommerzialisierung der Bildungsangebote im Hochschulbereich hält sich in Grenzen und ist in der Tendenz sogar rückläufig. Was ist also in den letzten fünf bis zehn Jahren auf diesem Gebiet geschehen?

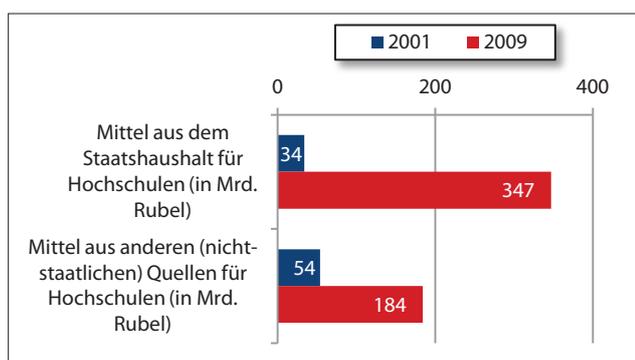
Forcierte staatliche Finanzierung der Hochschulen – zurück in die Vergangenheit?

Das nominale Wachstum der Mittel aus dem Staatshaushalt für die Hochschulen weist für die letzten Jahre sehr hohe Wachsraten auf: Allein im Jahr 2010 wurden 375,5 Mrd. Rubel aufgewendet. 2011 sollen es – so kürzlich der Premierminister – sogar 390 Mrd. Rubel sein. Im Vergleich dazu: Im Jahr 2004 waren es »nur« 76,9 Mrd. Rubel, die für Hochschulausbildung inklusive postgraduale Ausbildung aus dem Staatshaushalt bereitgestellt wurden. Das bedeutet, dass im Jahr 2010 nominal das 4,5-fache für Hochschulbildung aus dem Staatshaushalt aufgewendet wurde. (Real belief sich das Wachstum immer noch auf das 3-fache.) Die staatlichen

Hochschulen profitieren aber nicht nur von den hohen Zuwachsraten bei den Mitteln aus dem Haushalt, sondern auch von der demographischen Entwicklung, d. h. in den letzten ca. fünf Jahren ist aufgrund der geburten-schwachen Jahrgänge unter den Abiturienten die Zahl der Studierenden auf Staatskosten deutlich zurückgegangen. Dies wiederum bedeutet, dass für den einzelnen Studierenden mehr Geld in der Hochschulausbildung zur Verfügung stand: Im Durchschnitt waren das fast 135.000 Rubel pro Jahr (im Direktstudium sogar fast 185.000 Rubel).

Obwohl die Hochschulen nachweislich mehr Geld aus dem Staatshaushalt erhalten, ist der Anteil der zahlenden Studierenden im Vergleich zu denen, die auf Staatskosten studieren, immer noch sehr hoch. Seit 2000 hat sich die Waage beständig zugunsten der zahlenden Studierenden geneigt, d. h. es wurden immer mehr Erstsemester an die Einrichtungen aufgenommen, die für ihr Studium Gebühren zahlen. Die Zahl der staatlich finanzierten Studienplätze ist seitdem annähernd gleich geblieben. Im Jahr 2009 studierten lediglich 38 % auf Staatskosten, 62 % hingegen auf eigene Kosten (an staatlichen oder privaten Einrichtungen). Prognosen besagen, dass im Jahr 2015 aufgrund der demographischen Entwicklung eine Parität erreicht sein wird.

Seit 2005 ist trotz der Zuwächse bei den »Gebüh-renzählern« an den Universitäten auch eine andere Entwicklung zu beobachten, denn innerhalb von drei Jahren sank der Anteil an Einnahmen der Hochschulen, die nicht aus dem Haushalt stammen, insgesamt unter 50 % der Gesamteinnahmen. Statistiken weisen zudem aus, dass zwischen 2001 und 2009 die Bildungsfinanzierung aus Nichthaushaltsmitteln (Gebühren, Drittmittel u. a.) sich in allen Bildungsbereichen zwar absolut vergrößert hat, anteilmäßig (an den Gesamteinnahmen) aber rückläufig gewesen ist. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Mittel, die aus dem Staatshaushalt für Bildungszwecke zur Verfügung gestellt wurden – wie bereits erwähnt – kontinuierlich gewachsen, insbesondere der Anteil für die Hochschulausbildung.



Quelle: www.hse.ru/news/recent/2706536.html (Zugriff 24.03.2011)

Neue Tendenz: Abkehr der privilegierten staatlichen Hochschulen von den Gebührenzahlern

Die Diversifizierung unter den Hochschulen wird vom Staat seit geraumer Zeit vorangetrieben – vor allem mit Blick auf die Qualität der Hochschulbildung. Dieser Prozess wird gezielt über die Vergabe der staatlichen Mittel gesteuert.

Im Gegensatz zu den 1990er Jahren, da die Hochschulen auf andere als die staatlichen Quellen zur Finanzierung ihrer Tätigkeit setzten, ist es heute so, dass viele Hochschuleinrichtungen des Landes primär darauf orientiert sind, die verschiedenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um *mehr* Geld aus dem Staatshaushalt zu akquirieren. Die gezielte Akquise von Mitteln aus anderen Quellen (z. B. durch Gebühren) ist in den Hintergrund getreten, spielt keine so große Rolle mehr. Vielmehr ist in diesem Zusammenhang eine andere Tendenz zu beobachten: Gebührenzahler findet man zunehmend dort, wo qualitativ minderwertige und vor allem billige Hochschulausbildung angeboten wird.

Entsprechend der Strategie zur Entwicklung des Hochschulsektors werden staatliche Gelder an die großen föderalen Forschungsuniversitäten vergeben, die sich fast ausschließlich über Staatsgelder finanzieren. In der Praxis sieht das so aus, dass nunmehr ca. 10 % der staatlichen Hochschulen als »Privilegierte«, die über einen Wettbewerb ausgewählt wurden, über einen Großteil der staatlichen Gelder verfügen. Diese Einrichtungen weisen in ihren Haushalten relativ wenig Drittmittel aus, die aus Forschungsaufträgen stammen. Sie bieten aber trotzdem zusätzlich gebührenpflichtige Studiengänge an, die meist sehr teuer sind, was offenbar dazu geführt hat, dass die Zahl der Gebührenzahler an diesen Einrichtungen deutlich zurückgegangen ist. Die »zahlenden Studierenden« konzentrieren sich dagegen immer mehr auf die weniger privilegierten Hochschulen und dort vorzugsweise – wie in den 1960er Jahren – auf die Fernstudiengänge. Die simple (Überlebens-)Strategie dieser anderen, »normalen« Hochschulen ist: Niedrige Gebühren (ca. 30.000 bis 45.000 Rubel pro Jahr) von einer größeren Zahl Studierender einzunehmen. Für eine »reiche« Hochschule dagegen, die ca. 184.000 Rubel pro Jahr aus dem Staatshaushalt für einen Studenten erhält, sind Gebühreneinnahmen in dieser Höhe kaum attraktiv.

Infolge dieser Auswahlpolitik und der Entstehung einiger weniger »Hochschulgiganten« (zu denen v. a. führende Einrichtungen aus Moskau und St. Petersburg gehören) vergrößert sich zunehmend die Kluft zwischen den »Giganten«, die vom Staat auch großzügig gefördert werden, und den regionalen Einrichtungen. Hinzu kommt, dass Anfang Juli 2011 im Parlament eine

Gesetzesänderung beschlossen wurde, die es künftig auch nichtstaatlichen Hochschulen (die über eine staatliche Akkreditierung verfügen) erlaubt, Studierende auf Staatskosten auszubilden. Oder anders gesagt: Staatliche Gelder werden über kurz oder lang auch in nichtstaatliche Hochschulen fließen.

Hochschulausbildung in Russland heute: Masse statt Klasse?

Der russische Terminus für »Hochschulbildung« ist schon seit seinen Ursprüngen mit dem Zusatz »berufliche« versehen. Allerdings wird gerade dieses Spezifikum seit Jahren vernachlässigt, was zu deutlichen Qualitätseinbußen in der Ausbildung beigetragen hat. Kritiker plädieren von daher wohl zu Recht für eine Umbenennung in »allgemeine Hochschulbildung« anstelle von »beruflicher Hochschulausbildung«. Die Hochschule hat sich in eine Institution zur »Sozialisierung junger Menschen« verwandelt, sie ist schon lange nicht mehr die Institution für »höhere Berufsbildung«. Mehrheitlich genügen Hochschulabsolventen nicht den aktuellen Anforderungen auf dem nationalen Arbeitsmarkt. So vertreten Experten z. B. die Meinung, dass ca. 90 % der Absolventen von russischen Wirtschaftshochschulen Methoden zur ökonomischen Analyse unzureichend oder gar nicht beherrschen.

Experten – wie der Rektor der Wirtschaftshochschule von Moskau, die zugleich den Titel »Forschungsuniversität« in ihrem Namen trägt – sprechen von einer »Profanierung der Hochschulbildung«, zu der es in den letzten Jahren aus zwei Gründen gekommen ist: Zum einen weil ca. ein Drittel der staatlichen Hochschulen immer wieder Gebührenzahler aufnimmt, die nicht über die notwendigen Kenntnisse und intellektuellen Voraussetzungen für ein Hochschulstudium verfügen. In den letzten Jahren ist aber auch zu beobachten, dass selbst auf diese Weise das Kontingent an staatlich finanzierten Studienplätzen in vielen Hochschulen nicht voll ausgenutzt wird. Zum anderen gibt es massenhaft Studienangebote vor allem in den gebührenpflichtigen Studiengängen, deren Ausbildungsqualität sehr niedrig ist, d. h. die Absolventen dieser Studiengänge sind am Ende des Studiums nicht einmal mit den notwendigen Grundkenntnissen und -kompetenzen ausgestattet. Eine solche »Pseudoausbildung« wird vor allem bei Ingenieuren und Pädagogen beklagt, die aufgrund des großen Mangels an Fachkräften in diesen Berufen sogar auf Kosten des Staates studieren können, und bei Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen, die ein gebührenpflichtiges Studium an privaten Einrichtungen absolviert haben. Die Ausbildung an den technischen Hochschulen des Landes wird inzwischen auch als prekär eingeschätzt, da es dort eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Studien-

bewerbern gibt, die trotz ungenügender Kenntnisse bzw. Voraussetzungen aufgenommen werden. (Die Punktzahl aus der Einheitlichen Schulabschlussprüfung/EGE – der Voraussetzung für die Erteilung der Studienberechtigung – entspricht bei diesen Bewerbern maximal der Schulnote »3«.) Würde man allerdings die Eingangshürden für die Bewerber an den technischen Hochschulen erhöhen, um so auch die Qualität der Ausbildung bzw. der Absolventen zu verbessern, gäbe es mit hoher Wahrscheinlichkeit weitaus weniger Studierende und Absolventen. Und damit würden dann den Hochschulen auch weniger Gelder vom Staat zur Verfügung stehen.

Das Zukunftsszenario: Klasse statt Masse durch effizienteren Mitteleinsatz

Seit geraumer Zeit arbeitet die Bildungspolitik an einem Plan zur »Konsolidierung des nationalen Hochschulsystems«. Der Fokus ist darauf gerichtet, Hochschulen zu fusionieren, um so die staatlichen Mittel effizienter einsetzen zu können und im Endeffekt leistungsstärkere – sowohl in der Lehre als auch der Forschung – Einrichtungen zu entwickeln. Systembildend sollen in diesem Kontext die föderalen Universitäten und die Forschungsuniversitäten sein. Konkret würde das bedeuten, dass der derzeitige Bestand von ca. 1.000 Hochschulen und 3.000 landesweiten Filialen dieser Hochschulen um ca. 30 % reduziert wird. Allerdings soll dieser Prozess nicht durch reine Schließung von Hochschulen vonstatten gehen, sondern es zeichnen sich derzeit zwei Wege ab, die eng mit der allgemeinen Situation in der akademischen Bildung verbunden sind. Neben den erwähnten Zusammenführungen und Gründungen von sogenannten »Hochschulgiganten« sollen andere (vor allem kleinere, weniger effiziente) Einrichtungen als »Berufsbildungseinrichtungen« weiterhin existieren, ihren Status als Hochschule aber verlieren. Legitimiert und begründet wird dies unter anderem mit dem endgültigen Übergang zur zweistufigen Hochschulausbildung in Russland im Kontext des Bologna-Prozesses. Die erste Stufe, der Bachelor-Abschluss, soll künftig vorwiegend an Kollegs oder Instituten erworben werden, die aus Hochschulen hervorgegangen sind, denen aber der Status einer Universität bzw. Hochschule aus erwähnten Gründen durch den Staat aberkannt wurde. Damit soll gleichzeitig der erwähnte Fachkräftemangel in der russischen Wirtschaft ausgeglichen werden, denn das existierende Berufsbildungssystem (unterhalb der akademischen Ebene) ist nach wie vor so unzureichend entwickelt, dass es den Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal auf dem Arbeitsmarkt nicht einmal annähernd decken kann. Konkret wird bereits darüber diskutiert, in diesem Zusammenhang die »Bologna-Terminologie« mit Blick auf den Ausbildungsnachweis zu

erweitern, indem ein sogenannter »angewandter Bachelor« (prikladnyi bakalavr) eingeführt wird.

Bereits im Mai 2010 wurde ein Gesetz angenommen, nach dem alle staatlich finanzierten Bildungseinrichtungen künftig einer neuen Klassifizierung unterliegen sollen, um so die staatlichen Gelder effizienter einsetzen zu können. (Das Gesetz soll zum 01.07.2012 in Kraft treten.) Für die Hochschulen bedeutet das, dass die Mittel künftig in erster Linie in Abhängigkeit von Aufträgen seitens des Staates an die Hochschulen bereitgestellt werden sollen. Konkret wird an Richtlinien zur staatlichen Finanzierung gearbeitet, die sich an dem jeweiligen Profil der Hochschulausbildung orientieren sollen. In der Folge würde das bedeuten, dass zum Beispiel technische Hochschulen mehr Geld vom Staat erhalten als Hochschulen, die in geisteswissenschaftlichen Fächern ausbilden und deren Ausbildung weniger kostenintensiv ist. Experten gehen davon aus, dass staatlich finanzierte Studienplätze je nach Fachrichtung in der Ausbildung zwischen 47.000 und 300.000 Rubel pro Studienjahr erfordern. Neben der Effizienzsteigerung beim Einsatz

staatlicher Mittel soll den Hochschulen mehr Freiheit in Bezug auf ihre Wirtschaftstätigkeit gewährt werden, was an die alte Losung aus den 1990er Jahren – »Kein Geld, dafür aber Freiheit« – erinnert, zumal künftig alle Einnahmen der Hochschulen aus anderen Quellen, d. h. eingeworbene Drittmittel, Einnahmen aus Gebühren etc., auf die staatlichen Mittel angerechnet werden sollen. Dies wiederum ruft insbesondere die bildungsinteressierte Öffentlichkeit auf den Plan, da vermutet wird, dass auf diese Weise kostenpflichtige Angebote auf allen Ebenen ausgeweitet werden.

Die aktuellen Entwicklungen in der akademischen Ausbildung in Russland wurden und werden weitgehend durch den Staat gesteuert – insbesondere auch durch direkte Unterstützung und auf Initiative des Premierministers, der seinerzeit in den ersten beiden Amtsperioden als Präsident Bildung zur »Chefsache« erklärt hatte. Von daher ist bereits heute abzusehen, dass diese Politik eine nahtlose Fortsetzung erfahren wird, wenn er im kommenden Jahr die Präsidentschaftswahlen gewinnen sollte.

Über die Autorin

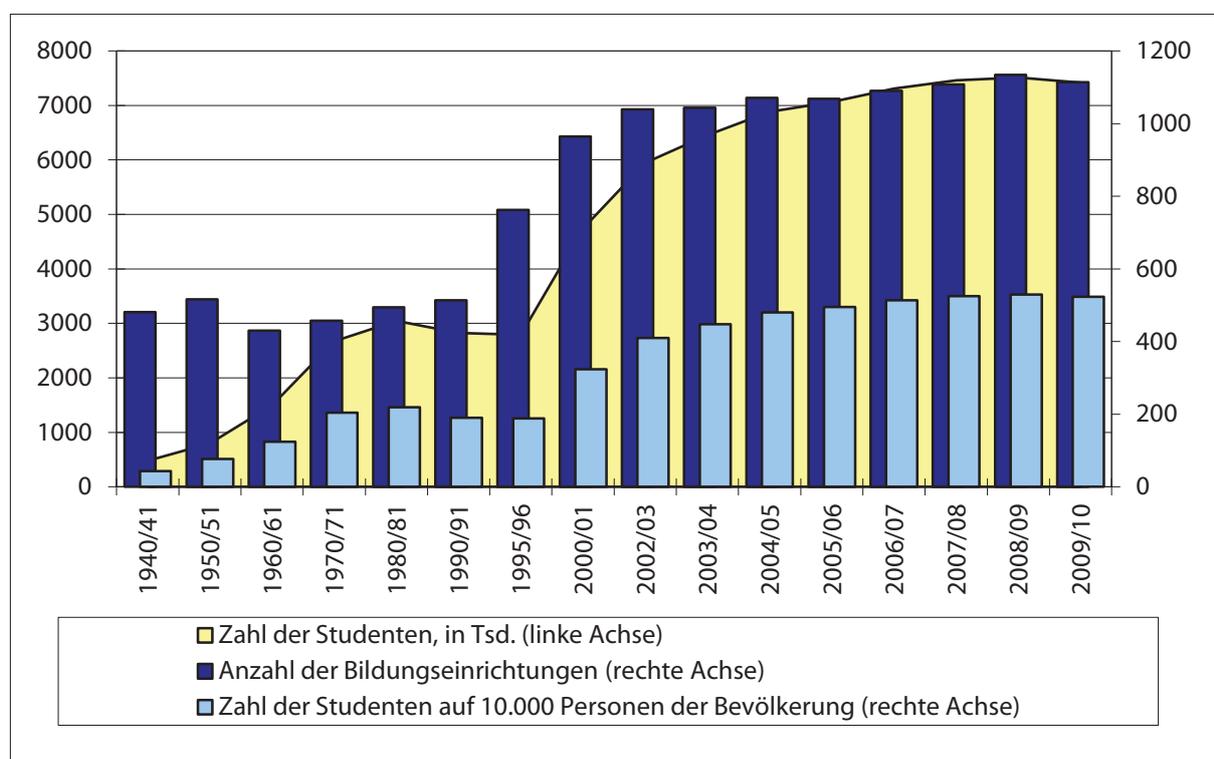
Dr. Christine Teichmann-Nadiraschwili ist promovierte Linguistin. Seit den 1990er Jahren arbeitet sie in der international vergleichenden Wissenschafts- und Bildungsforschung. Ihre Forschungsarbeiten konzentrieren sich auf die Transformation der Hochschulsysteme in den Staaten Osteuropas und Zentralasiens. Z. Zt. ist sie als freie Wissenschaftlerin in Berlin und als Lehrbeauftragte an der Universität Potsdam tätig.

Lesetipps

- Meister, Stefan: Föderale Hochschulen – Russlands neue Kaderschmieden? Russland-Analysen 185/2009 www.laender-analysen/russland/pdf/Russlandanalysen185.pdf
- Meister, Stefan: Das postsowjetische Universitätswesen zwischen nationalem und internationalem Wandel. Die Entwicklung der regionalen Hochschule in Russland als Gradmesser der Systemtransformation, Stuttgart: ibidem 2008, 324 S.
- Teichmann, Christine: Akademische Ausbildung in Russland an staatlichen Hochschulen: Auf Kosten des Staates oder gegen Gebühren. Russlandanalysen 162/2008 www.laender-analysen/russland/pdf/Russlandanalysen162.pdf
- Teichmann, Christine: Die Hochschultransformation im heutigen Osteuropa. Kontinuität und Wandel bei der Entwicklung des postkommunistischen Universitätswesens, Stuttgart: ibidem 2007, 306 S.

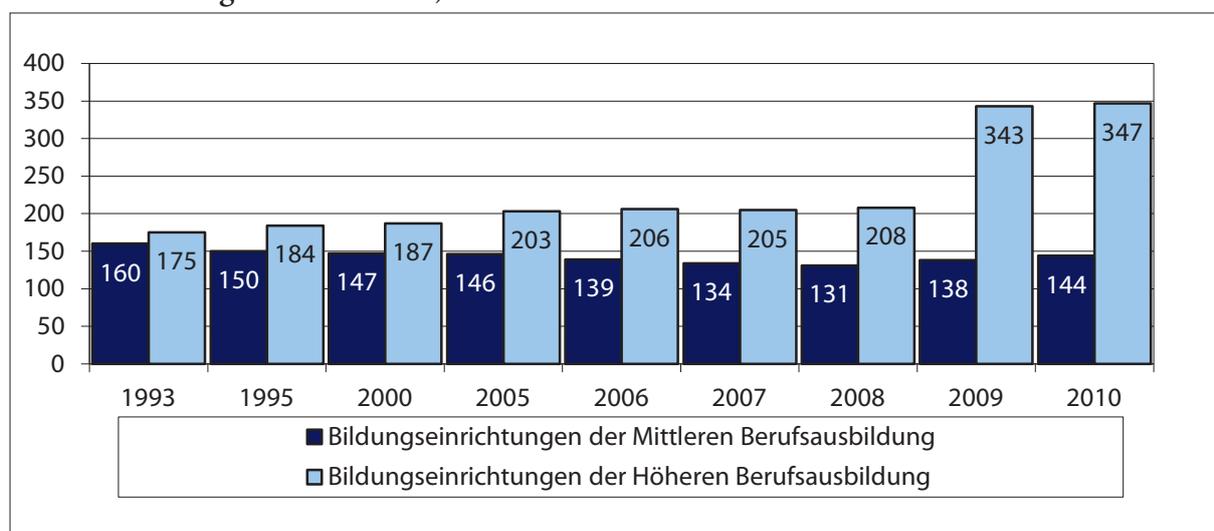
Hochschule und Studium

Grafik 1: Bildungseinrichtungen der Höheren Berufsausbildung (zu Beginn des Lehrjahres)



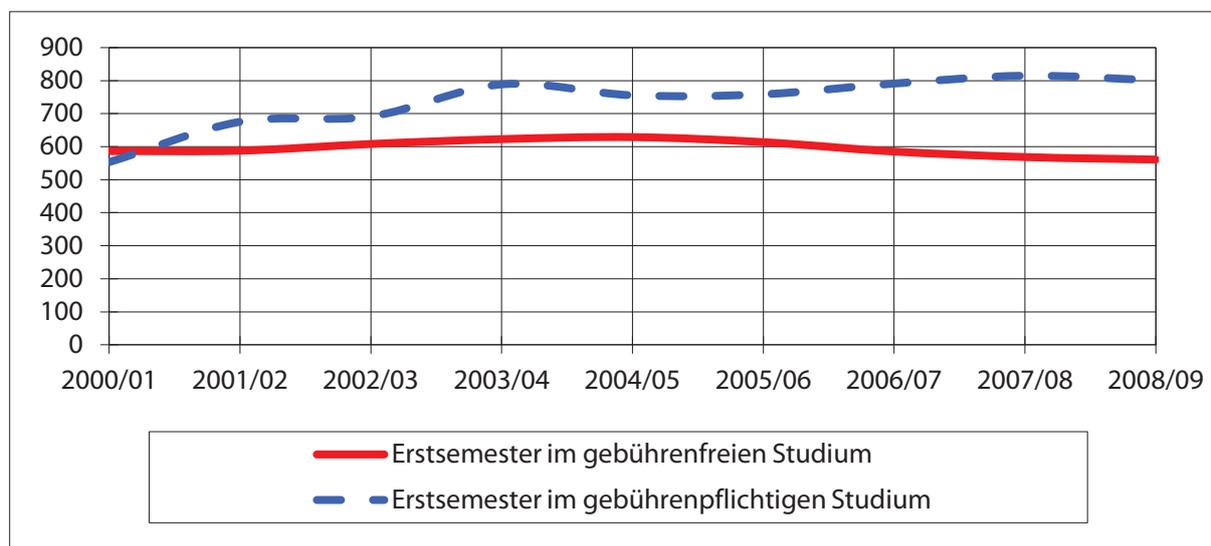
Quelle: Rosstat: Rossijskij Statistitscheskij Eschegodnik 2010, S. 251.

Grafik 2: Bewerberzahl zu Aufnahmeprüfungen an staatlichen und kommunalen Bildungseinrichtungen der Mittleren und Höheren Berufsausbildung (eingereichte Aufnahmeanträge auf 100 Plätze)



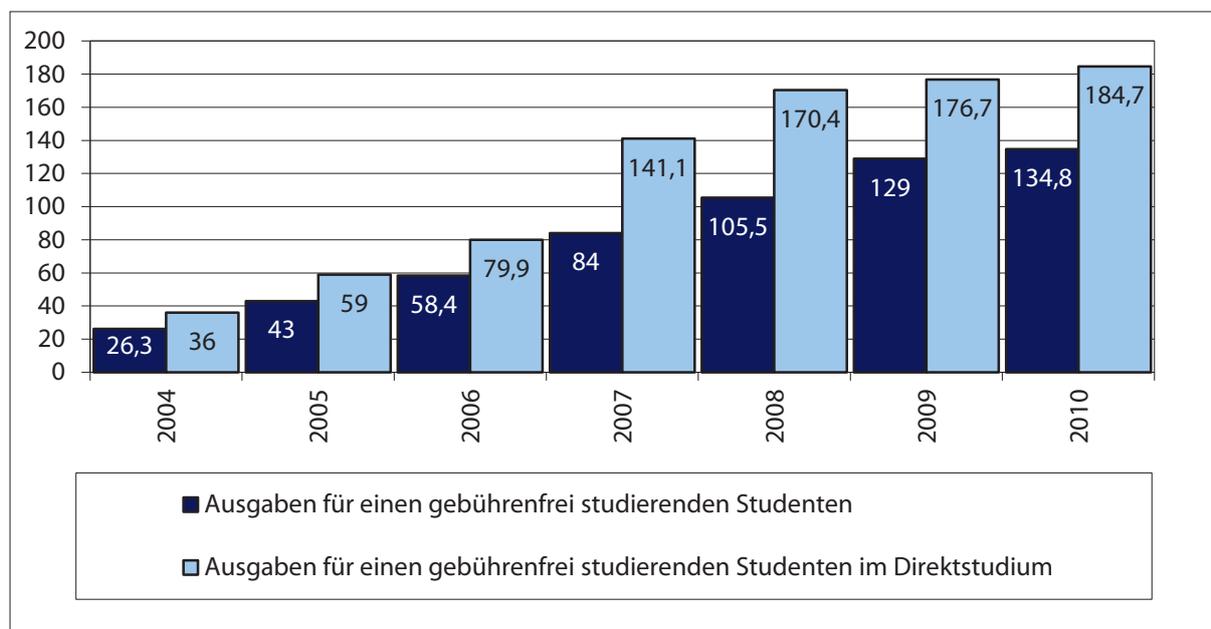
Quelle: Rosstat: Rossija w zifrach 2011. Kratkij statistitscheskij sbornik, Moskau: 2011, S. 146.

Grafik 3: Erstsemester-Studenten an Hochschulen im kostenfreien (staatl. finanzierten) und gebührenpflichtigen Studium (in Tsd.)



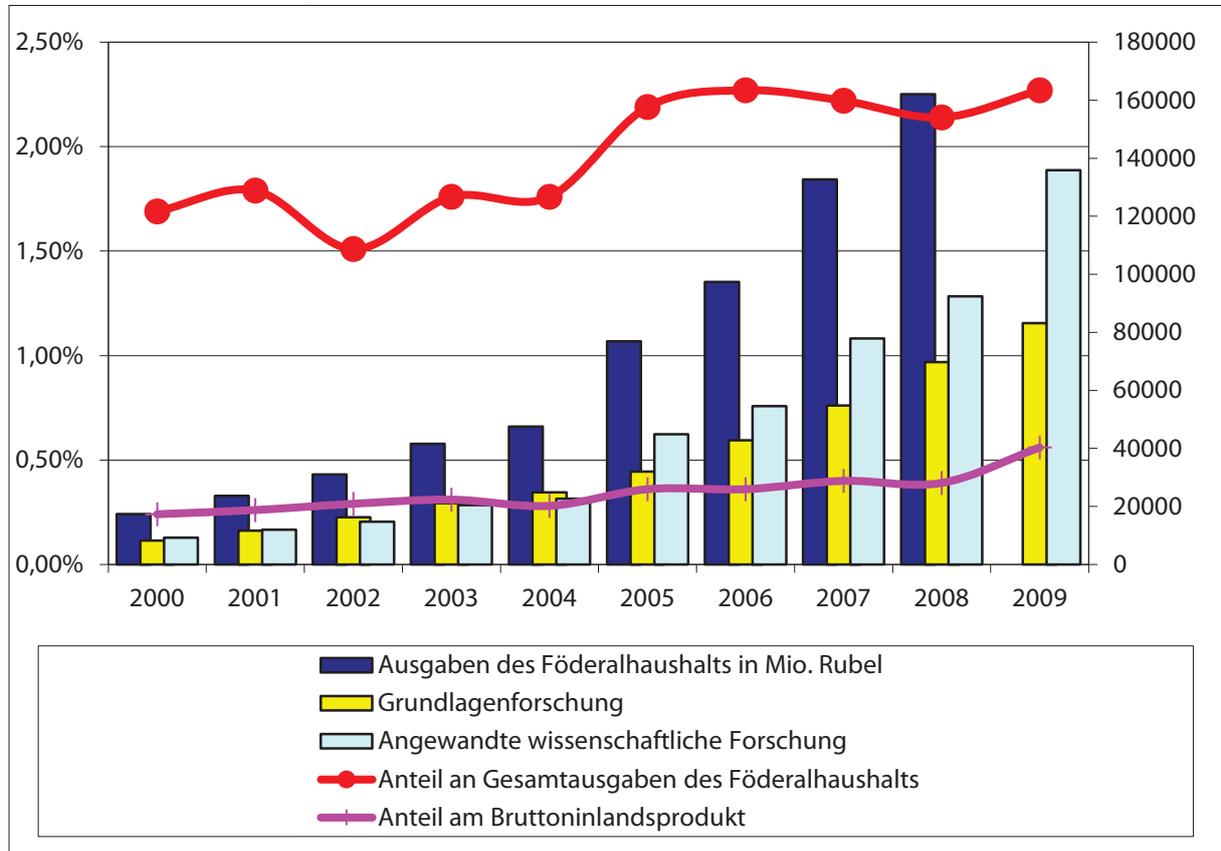
Quelle: Tatjana Kljatschko: *Ekonomika wysshego obrasowanija – smena modeli*, vom 11. Januar 2011, in: <http://opec.ru/1340471.html>, basierend auf Daten von Rosstat, »Rossija w zifrach«.

Grafik 3: Ausgaben für einen Studenten, der gebührenfrei studiert (Durchschnitt sowie im Direktstudium, in Tausend Rubel)



Quelle: Tatjana Kljatschko: *Ekonomika wysshego obrasowanija – smena modeli*, vom 11. Januar 2011, in: <http://opec.ru/1340471.html>, basierend auf Daten von Rosstat und des Föderalen Schatzamtes.

Grafik 5: Finanzierung der Wissenschaft aus Mitteln des Föderalhaushalts



Quelle: Rosstat: Rossijskij Statistitscheskij Eschegodnik 2010, S. 569.

Tabelle 1: Zahl der Studenten* (auf 1000 Personen der Bevölkerung)

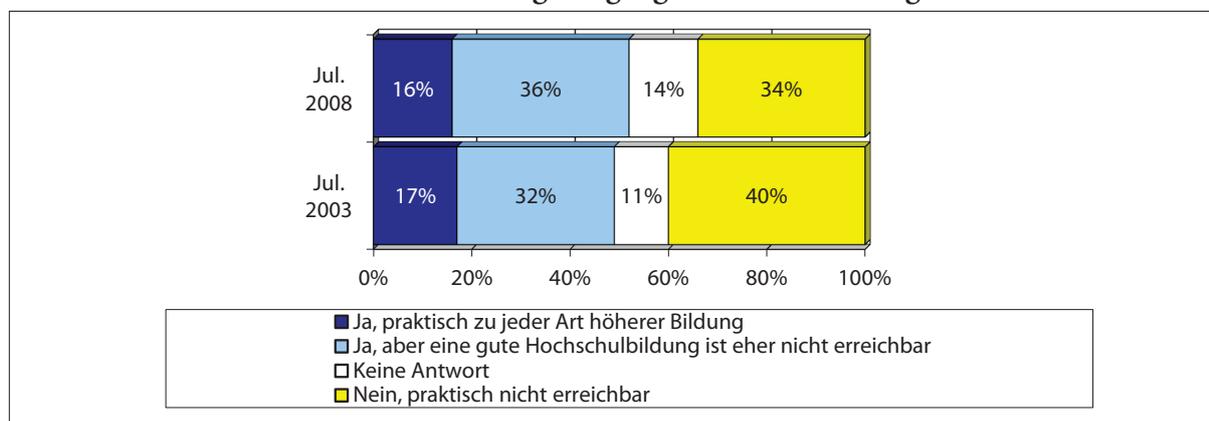
	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
China	5	6	16	18	19	20	...
Deutschland	26
Finnland	42	52	59	59	59	59	...
Frankreich	36	34	36	36	36	35	...
Großbritannien	31	34	38	39	39	38	...
Indien	6	9	11	11	13
Japan	30	31	32	32	32	31	...
Kasachstan**	30	41	77	80	78	72	69
Kirgistan**	21	44	52	54	56	55	57
Niederlande	30	31	35	36	36	37	...
Norwegen	42	43	47	46	46	45	...
Österreich	30	33	30	31	32	34	...
Polen	...	41	55	56	56
Portugal	32	37	36	35	35
Russland**	32	49	68	70	70	70	69
Türkei	20	24	30	33	34	35	...
Ukraine**	30	40	58	60	61	61	57
USA	53	46	58	58	58	59	...

* Studenten an Hochschulen und Bildungseinrichtungen der nachuniversitären Ausbildung; ** Studenten der Mittleren und Höheren Berufsausbildung, Promovierende und Doktoranden. Quelle: Rosstat: Rossijskij Statistitscheskij Eschegodnik 2010, S. 764.

UMFRAGE

Umfragen zum Bildungswesen in Russland

Grafik 6: Haben Leute wie Sie heutzutage Zugang zu höherer Bildung?



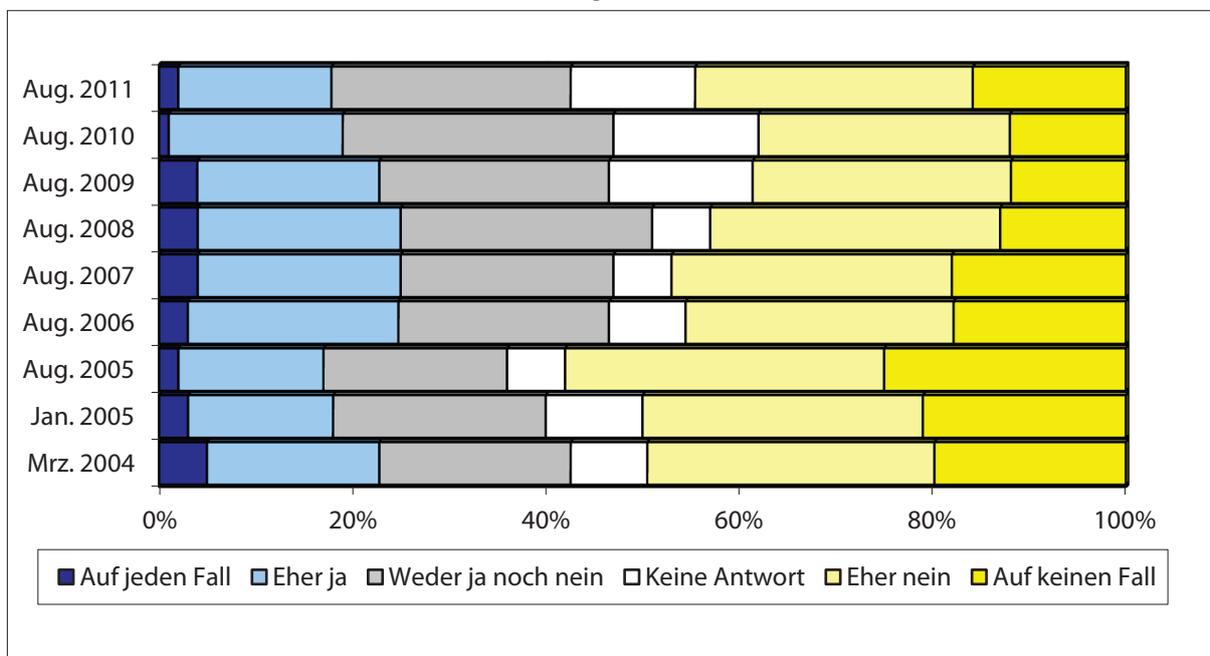
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–29. Juli 2008, <http://www.old.levada.ru/press/2008090304.html>

Tabelle 2: Wenn Sie die heutige Situation damit vergleichen, was vor 15–20 Jahren war, wie vollzogen sich Ihrer Meinung nach folgenden Veränderungen? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit je Position)

		2006	2011
Materielle Lage der Studenten	Eher verbessert	20 %	20 %
	Eher verschlechtert	53 %	40 %
	Nicht verändert	14 %	19 %
	Keine Antwort	13 %	21 %
Niveau der beruflichen Vorbereitung der Absolventen	Eher verbessert	24 %	17 %
	Eher verschlechtert	41 %	44 %
	Nicht verändert	16 %	18 %
	Keine Antwort	18 %	21 %
Das kulturelle Niveau, die weite des Horizonts der Studenten im Allgemeinen	Eher verbessert	21 %	19 %
	Eher verschlechtert	47 %	43 %
	Nicht verändert	18 %	16 %
	Keine Antwort	15 %	21 %
Verhältnis der Studenten zum Lernen, ihr Wissensstreben	Eher verbessert	18 %	14 %
	Eher verschlechtert	46 %	44 %
	Nicht verändert	20 %	21 %
	Keine Antwort	16 %	21 %
Verhältnis des Lehrpersonals zu ihrer Arbeit	Eher verbessert	12 %	11 %
	Eher verschlechtert	46 %	39 %
	Nicht verändert	23 %	26 %
	Keine Antwort	20 %	24 %
Möglichkeiten der Absolventen, eine Arbeit in ihrem Fachbereich zu finden	Eher verbessert	10 %	6 %
	Eher verschlechtert	70 %	69 %
	Nicht verändert	10 %	10 %
	Keine Antwort	9 %	15 %
Möglichkeit für junge Spezialisten, eine gutbezahlte Arbeit zu finden	Eher verbessert	12 %	7 %
	Eher verschlechtert	64 %	65 %
	Nicht verändert	13 %	11 %
	Keine Antwort	12 %	17 %

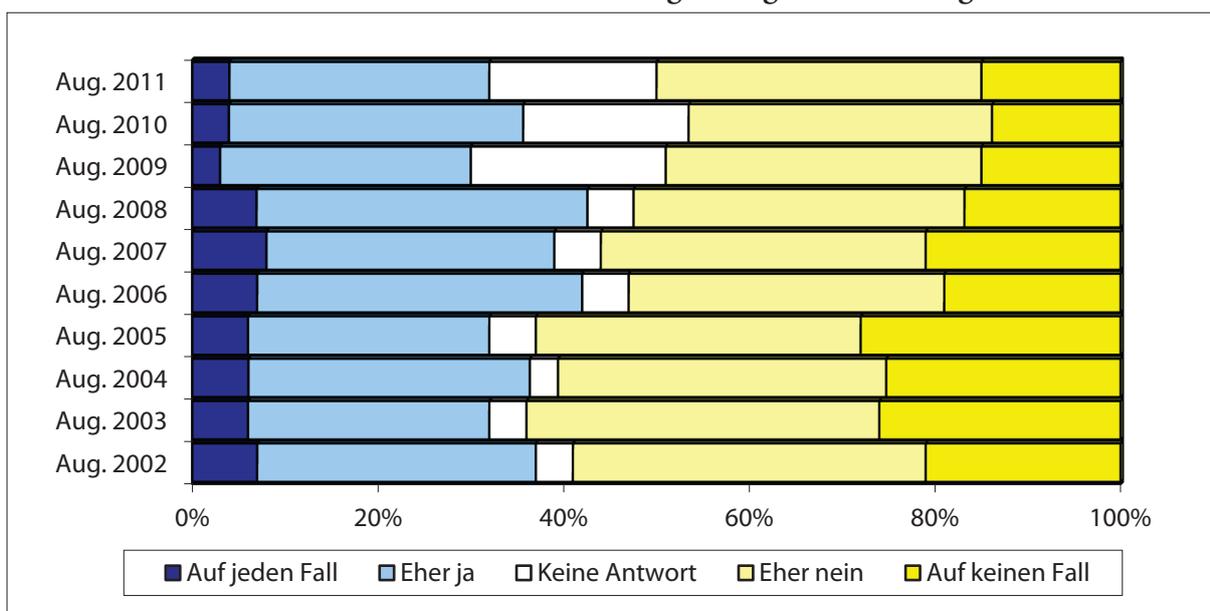
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 15.–16. Dezember 2010, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111291.html>

Grafik 7: Sind Sie mit dem aktuellen Bildungsniveau in Russland zufrieden?



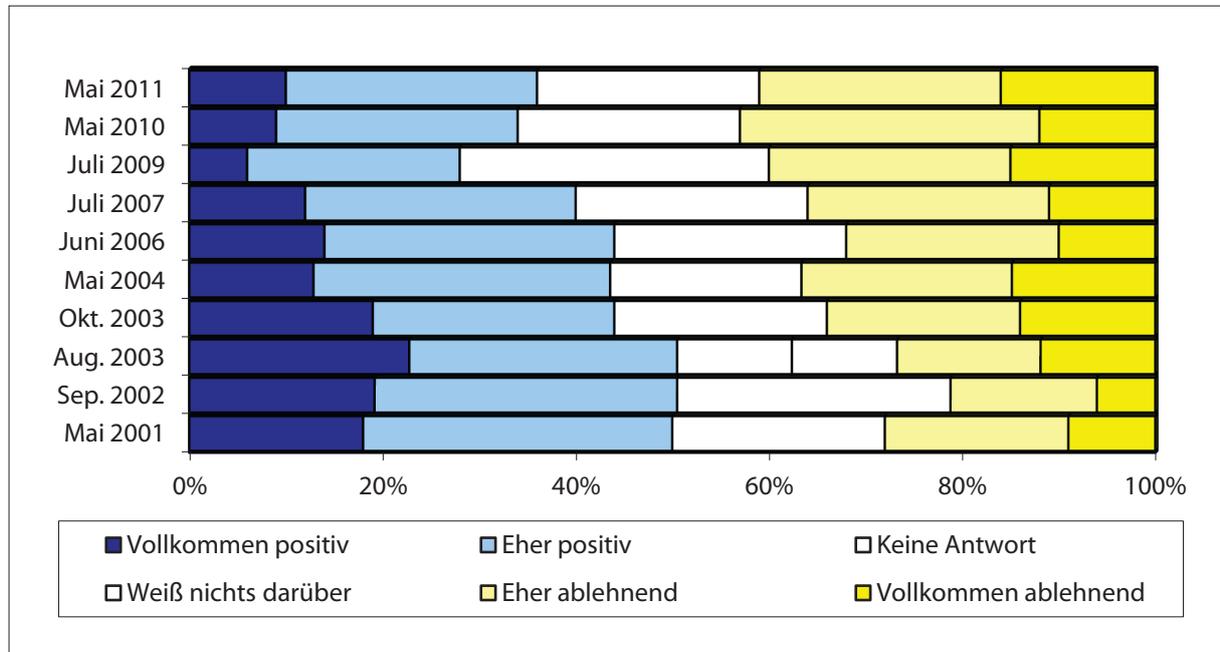
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–23. August 2011, <http://www.levada.ru/press/2011083008.html>

Grafik 8: Können Sie/ ihre Kinder/Enkel heutzutage eine gute Ausbildung erhalten?



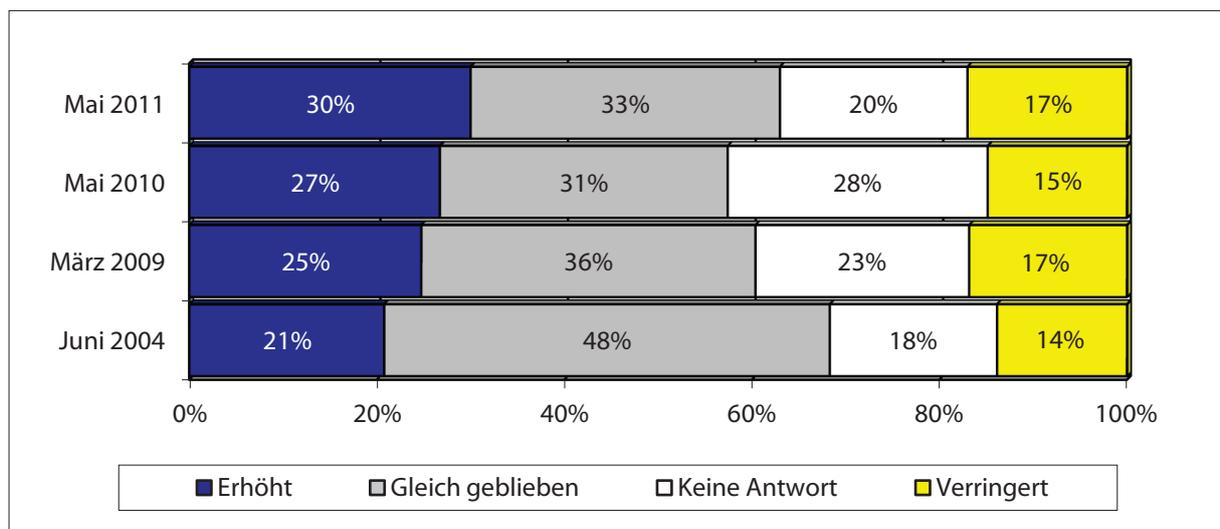
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–23. August 2011, <http://www.levada.ru/press/2011083008.html>

Grafik 9: Wie stehen Sie zur Abschaffung der Aufnahmeprüfungen an Hochschulen und der Einschreibung auf Grundlage des Einheitlichen Staatsexamens, welches am Ende der Schulzeit abgelegt wird?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011052400.html>

Grafik 10: Hat sich mit der Einführung des Einheitlichen Staatsexamens die Zahl der Bestechungsgelder und anderer Missbräuche beim Schulabgang und der Einschreibung in die Universität erhöht oder verringert? (Bis Mai 2010 wurde die Frage in der Zukunftsform gestellt)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011052400.html>

Erste Erklärung der Assoziation GOLOS

zu den Ergebnissen der Langzeitwahlbeobachtung der auf den 4. Dezember festgesetzten

Wahlen zur Staatsduma der Russischen Föderation
(Aufstellung und Registrierung der Parteilisten)

Diese Erklärung ist der erste in einer Reihe von Berichten, die den Ablauf der Wahlkampagne untersuchen. Er umfasst den Zeitraum vom 30. August bis zum 25. Oktober 2011.

Am 30. August ist der Erlass in Kraft getreten, der die Wahlen zur Staatsduma auf den 4. Dezember 2011 festgelegt hat.

I. Rechtliche Besonderheiten der Wahlen zur Staatsduma.

Die Assoziation GOLOS stellt fest, dass das Gesetz »Über die Wahl der Abgeordneten der Staatsduma«, das seit 2007 einige unwesentliche Änderungen erfahren hat, die negativsten Veränderungen, denen die russische Wahlgesetzgebung in den vorangegangenen Jahren unterzogen wurde, beibehält. Diese sind:

- Alle 450 Abgeordneten der Staatsduma werden in einem einheitlichen Föderalen Wahlkreis, also dem Wahlgebiet der Russischen Föderation, nach dem Verhältniswahlrecht gewählt.

Dies beraubt parteilose Bürger praktisch der Möglichkeit, für ein Abgeordnetenmandat zu kandidieren und Kandidaten zu nominieren.

- Der zentrale Teil der Parteilisten darf bis zu 10 Kandidaten umfassen; die Mindestzahl der regionalen Kandidatengruppen beträgt 70.

Dies erhöht faktisch die arithmetische Hürde für eine Reihe von Gruppen, die Mandate anstreben (insbesondere bei Listen der Parteien, die die Sperrklausel nur knapp überwinden) und erhöht die Gefahr, dass ein Teil der Regionen in der Duma nicht vertreten ist.

- Die Sperrklausel von 7 % wird beibehalten.

Gleichwohl erhalten nach den neuen Bestimmungen Parteien mit 5–6 % der Stimmen ein »Trostmandat« – an Stelle von bei einer Sperrklausel von 5 % möglichen 23 Mandate –, während Parteien mit 6–7 % zwei solcher Mandate (statt sonst möglicher 32) erhalten.

- Die Wahlperiode der Staatsduma ist von vier auf fünf Jahre verlängert worden.
- Die Wahlbürgerschaft wurde abgeschafft.

Dies nimmt den nicht im Parlament vertretenen Parteien praktisch eine relativ sichere Möglichkeit, an den Wahlen teilzunehmen.

- Die deutliche Bevorzugung der Parlamentsparteien bleibt weiterhin bestehen.

Neben dem Umstand, dass die Listen der Parlamentsparteien ohne zusätzliche Auflagen registriert werden (alle übrigen Parteien müssen zur Registrierung Unterschriftenlisten vorlegen), wird bei den Unterschriftenlisten der zulässige »Ausschuss« auf 5 % der erforderlichen 150.000 Unterschriften festgelegt. Dabei werden nicht nur »gefälschte« Unterschriften zum Ausschuss gezählt (d. h. solche, die nicht von der angegebenen Person stammen), sondern auch »ungültige« Unterschriften (solche, die technische oder formale Mängel aufweisen).

- Neu ist die Bestimmung, dass Parteien, die bei einer Dumawahl weniger als 3 % der Stimmen erhalten haben bei der nachfolgenden Wahl ihren Anspruch auf kostenlose Sendezeit und Anzeigenspalten für Wahlwerbung verlieren.

Diese Bestimmung wird bei den gegenwärtigen Wahlen die Parteien »Jabloko« und »Patrioten Russlands« treffen. Die Partei »Rechte Sache« hat als neue Partei bei diesen Wahlen einen Anspruch auf kostenlose Sendezeit und Printfläche.

- Zu den positiven Neuerungen gehören einige Sonderrechte für Menschen mit Sehbehinderungen.

Die Assoziation GOLOS weist darauf hin, dass die Wahlgesetzgebung der Russischen Föderation und das Gesetz »Über die politischen Parteien« durch die Schaffung eines zentral regulierten politischen Systems den politischen Wettbewerb praktisch zunichte gemacht haben.

So ist von 2007 bis 2011 mit Ausnahme der Partei »Rechte Sache«, die anstelle der Parteien »Union der Rechten Kräfte« (SPS), »Demokratische Partei Russlands« (DPR) und »Bürgerkraft« gegründet wurde, keine einzige politische Partei neu registriert worden. Dabei ist offensichtlich, dass die Gründung der »Rechten Sache« mit Unterstützung der Präsidentialadministration erfolgte.

In den vergangenen Jahren endete der Versuch einer Parteineugründung unter anderem bei folgenden Parteien mit Ablehnung der Registrierung: »Partei der Tat« (*Partija Dela*), »Heimat – gesunder Menschenverstand« (*Rodina – Sdrawyj Smysl*), »Rot-Front«, bei der Partei »Freiheit« (*Wolja*), der Partei »Anderes Russland« und bei der »Partei der Volksfreiheit« (*Partija Narodnoj Swobody – ParNaS*).

Am 22. Juni erhielt die stärkste der »Nichtsystemparteien«, die »Partei der Volksfreiheit« (mit dem Parteimotto »Für ein Russland ohne Willkür und Korruption«), die in der Presse als ParNaS bezeichnet wird, einen abschlägigen Registrierungsbescheid.

Der Brief des Justizministeriums über die Ablehnung der staatlichen Registrierung ist in den Gremien dieser Partei geprüft worden. Nach Ansicht von ParNaS sind die dort aufgeführten Gründe für diesen Bescheid rechtswidrig, da sie grundlegenden Bestimmungen der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten widersprechen, die auf dem Gebiet der Russischen Föderation Gesetzeskraft hat. Die Konvention enthält eine erschöpfende Aufzählung der Gründe, mit denen eine Registrierung verweigert werden kann. Die vom Justizministerium angeführten Begründungen fallen eindeutig nicht unter die in der Konvention aufgeführten Kategorien.

II. Sammlung der Unterstützerunterschriften.

Den Informationen der regionalen Vertreter der Assoziation GOLOS zu Folge haben »Jabloko« in den meisten Regionen und die »Patrioten Russlands« in einem Teil der Regionen eine recht aktive Sammlung von Unterstützerunterschriften betrieben. Unterschriftensammlungen für die Partei »Rechte Sache« waren nur in einigen Regionen feststellbar. Insgesamt war, so die Ergebnisse der regionalen Wahlbeobachtung, die Unterschriftensammlung der Partei »Rechte Sache« im Vergleich zu allen anderen Parteien am wenigsten erkennbar. Gleichwohl war es ausgerechnet diese Partei, die am 14. Oktober als erste ihre 160.000 Unterschriften bei der Zentralen Wahlkommission eingereicht hat, wie Andrej Dunajew, Spitzenkandidat und geschäftsführender Vorsitzender der Partei, gegenüber Journalisten bekannt gab.

Bezeichnend ist, dass bei den derzeit geltenden Anforderungen an die Unterschriftensammlung die weniger bekannten Parteilisten und Kandidaten problemlos registriert werden, während populäre und wohlbekanntere Vertreter der Opposition nicht selten abschlägige Bescheide erhalten. Dies macht deutlich, dass unter den derzeit geltenden Gesetzesbestimmungen und angesichts der Art ihrer Anwendung die Registrierung oder Nichtregistrierung im Wesentlichen vom guten Willen der zuständigen Wahlkommission und der Einstellung der entsprechenden Verwaltungsbehörden gegenüber dem jeweiligen Kandidaten oder seiner Partei abhängt.

*Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Sammlung der Unterschriften in allen Regionen mit großen Mühen verbunden war und in einer Reihe von Fällen durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden aktiv behindert wurde.*¹ Nach Angaben der regionalen Parteistellen schrecken Bürger davor zurück, unbekanntenen Personen die Tür zu öffnen; sind zudem verwundert, dass sie persönliche Angaben in die Unterschriftenblätter einzutragen haben und fragen mitunter nach der Vereinbarkeit dieses Verfahrens mit den Datenschutzgesetzen.

1 St. Petersburg:

Auf der regionalen Website von »Jabloko« sind zwei Erklärungen zu finden, in denen über eine Behinderung von Unterschriftensammlern durch Justiz- und Sicherheitsbehörden berichtet wird. Am 23. August ist ein Aktivist, der Unterschriften für die Registrierung der Parteiliste bei den Wahlen zur Petersburger Gesetzgebenden Versammlung und bei den Dumawahlen sammelte, an der U-Bahnstation »Kirowskij Sawod« festgenommen und auf das Polizeirevier Nr. 31 im Kirowskij-Stadtbezirk gebracht worden.

In einer Mitteilung vom 26. August wird berichtet, dass sich auch die Verwaltung des Zentralen Stadtbezirks weigerte, Plätze zum Sammeln der Unterschriften auszuweisen, und dass in vielen Gebäuden des Kalininskij-Stadtbezirks Bekanntmachungen folgenden Inhalts hingen: »Achtung! Sehr geehrte Anwohner! In jüngster Zeit ist es gehäuft zu Fällen betrügerischen Missbrauchs persönlicher Daten gekommen. Häufigstes Ziel der Betrüger sind dabei ältere Bürger, die gutwillig in Kontakt mit Unbekannten treten. Die Innenbehörden raten Ihnen daher, gegenüber Personen, die unter irgendeinem Vorwand Ihren Namen und Vornamen sowie Ihre Passdaten in Erfahrung bringen wollen, äußerste Vorsicht walten zu lassen. Die örtlichen Stellen der Innenverwaltung sind über alle Versuche dieser Art zu informieren.«

III. Aufstellung der Parteilisten.

Gewährleistung der Rechte von Bürgern ohne Parteizugehörigkeit.

Nach 2007, als bei den Dumawahlen das reine Verhältniswahlrecht eingeführt wurde, sind in die Wahlgesetzgebung Bestimmungen symbolischer Art aufgenommen worden, die das passive Wahlrecht von Bürgern ohne Parteizugehörigkeit gewährleisten sollen.² Es ist wohl klar, dass eine Partei nicht dazu gezwungen werden kann einen Kandidaten aufzustellen, der keinerlei Verbindung zu ihr hat, ihre Tätigkeit nicht unterstützt und ihre Ansichten nicht teilt. In keiner der Regionen jedoch hat die Assoziation GOLOS auch nur einen einzigen Fall feststellen können, in dem diese rein deklarative Norm erfolgreich umgesetzt worden wäre.

Die Rechtlosigkeit parteiloser Kandidaten ist besonders deshalb besorgniserregend, weil das Justizministerium in den letzten Jahren allen neugegründeten politischen Parteien (mit Ausnahme der Partei »Rechte Sache«) die Registrierung verweigert hat.

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission sind bei den Dumawahlen von 2011

- in der Liste von »Einiges Russland« 184 von 599 Kandidaten parteilos;
- in der Liste von »Rechte Sache« 71 von 313;
- bei »Gerechtes Russland« 100 von 585;
- bei der KPRF 60 von 594;
- bei »Jabloko« 56 von 374;
- bei den »Patrioten Russlands« 40 von 309 und
- bei der LDPR nur 6 von 312.

Nach den vorliegenden Informationen ist in keinem dieser Fälle die Aufstellung formal parteiloser Kandidaten auf das erwähnte, im Gesetz beschriebene Verfahren eines Antrags an die Partei zurückzuführen, sondern auf andere Beziehungen zwischen den Parteilosen und der Parteiführung, etwa auf nur formale Parteilosigkeit eines erwünschten Kandidaten (so ist etwa Präsident Medwedew als Spitzenkandidat von »Einiges Russland« kein Parteimitglied), auf ein Sponsorenverhältnis oder auf die Tatsache, dass der gewünschte Kandidat wegen seiner Dienststellung kein Parteimitglied sein darf.

Nicht weniger besorgniserregend ist die Einschränkung der Rechte zur Mitwirkung bei der Nominierung der Kandidaten nicht nur für einzelne Mitglieder, sondern auch für ganze regionale Parteigliederungen. Beim derzeit in Russland herrschenden Nominierungssystem (es entscheidet der zentrale Parteitag) wird deren Meinung nicht selten ignoriert, und Parteigliederungen, die Widerspruch anmelden, werden aufgelöst und/oder ausgeschlossen.

In den vergangenen Jahren ist in der Russischen Föderation verstärkt ein Vorwahlverfahren (russ.: »prajmeris«) zum Einsatz gekommen, das einen offenen Wettbewerb bei der Kandidatenfindung imitiert.

Über die Zusammensetzung der Parteilisten wird in Wirklichkeit in der Parteibürokratie entschieden, und die tatsächlichen Motive für die Besetzung der Liste werden der Öffentlichkeit vorenthalten.

So bleibt es eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, ob die Bewerber bei formal abgehaltenen Vorwahlen oder bei Parteikonferenzen ihre Anwartschaft auf einen Listenplatz tatsächlich frei und unabhängig von den Parteibossen anmelden können.

Das Beispiel der Partei »Einiges Russland« bei den Dumawahlen zeigt: Es gab weder einen freien Zugang von Kandidaten zu den Vorwahlen (es wurde nur über mögliche Kandidaten abgestimmt, die von der Parteiführung verlesen worden waren), noch war das Recht der Parteimitglieder auf eine gleiche Wahl gewährleistet (es stimmten nicht die Gesamtheit der Parteimitglieder ab, sondern speziell ausgesuchte Wahlmänner). So stimmten also eigens ausgewählte Wahlmänner für im Voraus ausgesuchte Kandidaten. Doch selbst dann noch hatten die Ergebnisse der Vorwahlen für den Parteitag keinerlei rechtlich verbindlichen Charakter – die Ergebnisse sind des Öfteren ignoriert worden.

Die Abhaltung der so genannter Vorwahlen bei »Einiges Russland« im Jahre 2011 stand in einem engen Zusammenhang mit der im Mai gebildeten so genannten Allrussischen Volksfront (Obschtscherossijskij Nazionalnyj Front – ONF).

² Parteilose haben das Recht, innerhalb von drei Tagen an eine der Parteien einen Antrag zu stellen. Falls die betreffende Partei diesen Antrag als formal korrekt erachtet, wobei dessen konkrete Form nicht bekannt und vom Gesetz nicht festgelegt ist (so ist unter anderem unklar, welche Unterlagen dem Antrag beizufügen sind), und falls der Antragsteller es schafft, unter den Parteimitgliedern 10 Unterstützer hinter sich zu bringen, kann die Partei diesen Antrag prüfen, ist aber keineswegs dazu verpflichtet, ihm dann auch zu entsprechen.

Auf Basis der regionalen Bürgerbüros von Wladimir Putin war unter aktiver Mithilfe der jeweiligen Verwaltungen intensiv die Bildung von regionalen Gliederungen der ONF vorangetrieben worden. Es wurde verkündet, dass angesichts des Umstandes, dass die ONF juristisch nicht registriert wird, alle rechtlichen Fragen durch das Institut für sozial-ökonomische und politische Forschung unter Nikolai Fjodorow, dem ehemaligen Präsidenten Tschuwaschiens, geregelt würden. *Die ONF werde dabei auch am Wahlkampf teilnehmen, indem sie Vorschläge gesellschaftlicher Organisationen für die Wahlprogramme der Partei (Einiges Russland) aufgreifen und die Aufstellung von Kandidaten aus der Gesellschaft in der Parteiliste organisieren werde.*

Letztendlich wurden insgesamt 4.700 Personen für die Vorwahlen von »Einiges Russland« vorgeschlagen.³ Gleichzeitig wurde im Voraus bekannt gegeben, dass Wladimir Putin, der Führer von »Einiges Russland« und ONF, Kandidaten persönlich nominieren bzw. aus der Parteiliste streichen kann – unabhängig vom formalen Ausgang der Vorwahlen. »Dieses Recht kann ihm niemand nehmen«, bemerkte hierzu Sergej Newerow, geschäftsführender Sekretär des Generalrates der Partei. Das Recht zur endgültigen Besetzung der Parteiliste, die ja vom Parteitag verabschiedet werden sollte, blieb Wladimir Putin vorbehalten und die Vorwahlen spielten lediglich eine »beratende« Rolle.

Die auf dem Parteitag von »Einiges Russland« verabschiedete Kandidatenliste für die Dumawahlen spiegelt denn auch nur in 8 von 80 regionalen Kandidatengruppen die Ergebnisse der Vorwahlen wieder.

Putin konstatierte, dass das System der Vorwahlen funktioniert: »Es ist gut, dass wir diese Instrumente einführen, und es ist gut, dass wir den gesamten Prozess überblicken und nötigenfalls das Geschehen korrigieren können.«⁴

Wichtigstes Ereignis des Parteitags von »Einiges Russland« am 24. September war der Auftritt Präsident Medwedew, der seinen Verzicht auf eine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2012 erklärte und für dieses Amt den Ministerpräsidenten Putin vorschlug. Als Antwort verkündete der Führer von »Einiges Russland«, Medwedew als Ministerpräsidenten ernennen zu wollen. Im gleichen Zuge schlug Putin vor, Medwedew als Spitzenkandidaten der Parteiliste von »Einiges Russland« zu nominieren.

Präsident Medwedew ist also, ohne Mitglied von »Einiges Russland« zu sein, Spitzenkandidat und einziger Kandidat des zentralen Teils der Parteiliste für die Dumawahl.

Den Kern der Liste bilden nach wie vor hochgestellte nationale und regionale Würdenträger. Die Liste umfasst 54 Gouverneure (bei insgesamt 83 Föderationssubjekten), 8 Regierungsmitglieder und den Leiter der Präsidentschaftsverwaltung. Neben den Gouverneuren mit »Zugpferd«-Funktion und den Amtsträgern der nationalen Ebene sind dort auch eine große Gruppe stellvertretender Gouverneure und regionaler Minister zu finden, ebenso 9 regionale Parlamentspräsidenten, 11 Bürgermeister regionaler Hauptstädte sowie etliche Leiter von Kreisverwaltungen.

Eine Besonderheit dieser Wahlen besteht in der Verletzung des richterlichen Berufskodex und des föderalen Gesetzes »Über den Status der Richter«, die den Richtern eine Mitgliedschaft und Beteiligung an der Arbeit politischer Parteien und Bewegungen untersagen, und es auch verbieten, diese »materiell zu unterstützen sowie an politischen Aktionen teil zu nehmen«.

Merkwürdigerweise sind in der Parteiliste dennoch Vertreter der Richterschaft zu finden, etwa Michail Tarasenko, Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs der Republik Baschkortostan, und Tamerlan Agusarow, Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs von Nordossetien.

Auch der Staatsanwalt der Republik Komi, Wladimir Poneweschskij, hat einen Listenplatz bekommen. *Laut Gesetz über die Staatsanwaltschaften dürfen jedoch Mitarbeiter einer Staatsanwaltschaft »nicht Mitglieder gesellschaftlicher Organisationen mit politischer Zielsetzung sein oder an deren Tätigkeit mitwirken«.*

Einziger großer politischer Skandal des bisherigen Wahlkampfes war der Wahlparteitag der Partei »Rechte Sache« am 14. September.⁵ Dort teilten die Vertreter Prochorows – er selbst war auf dem Parteitag nicht zugegen – mit, dass eine Gruppe von 21 nicht registrierten Parteitagsdelegierten den Versuch unternommen habe, am Parteitag teilzunehmen und in dessen Arbeitsgremien zu gelangen. Anführer dieser Gruppe war Radij Chabirow, stellvertretender Referatsleiter für Innenpolitik in der Präsidentschaftsverwaltung. Letztlich bestätigte der Parteitag den Status dieser Delegierten,

3 Spisok kandidatow dlja utschastija v obschtschenarodnyh prajmeris. 21. 07. 2011. <http://narodfront.ru/primaries/20110721/379969321.html>

4 Gusewa, D. Nenarodnoje golosowanije. Moskowskije Nowosti, Nr. 115.

5 Die Partei »Rechte Sache«, die Ende 2008 als Ersatz für in Selbstauflösung gegangenen Parteien DPR, SPS und »Bürgerkraft« (Graschdanskaja Sila) gegründet worden war, war 2009 und 2010 politisch kaum in Erscheinung getreten und wurde durch Führungstreitigkeiten praktisch gelähmt. Seit Ende 2010, Anfang 2011 war vermehrt von einem »Neustart« des Projekts und der Wahl eines neuen, unangefochtenen Parteiführers die Rede. Im Mai 2011 schließlich wurde bekannt, dass der Milliardär Michail Prochorow Parteiführer werde. Dieser wurde dann auch auf dem Parteitag vom 25. Juni gewählt. Am 27. Juni folgte eine Unterredung Prochorows mit Präsident Medwedew, wodurch klar wurde, dass das Projekt zu dieser Zeit die Unterstützung des Kreml hatte.

die – Prochorows Team zu Folge – durch niemanden delegiert waren. Auf einer abends außerplanmäßig anberaumten Pressekonferenz bezeichnete Prochorow das Vorgehen der Delegierten als »feindliche Übernahme«.

Tags darauf, am 15. September gab es zwei Veranstaltungen. Die Gruppe um Dunajew und Bogdanow führte im Internationalen Handelszentrum eine Veranstaltung durch, die offiziell als Parteitag anerkannt wurde (bei dieser Veranstaltung waren Vertreter des Justizministeriums und der Zentralen Wahlkommission anwesend), während die Gruppe um Prochorow eine Veranstaltung in einem Raum der Akademie der Wissenschaften ausrichtete. Prochorow gab dabei seinen Rücktritt als Vorsitzender sowie den Austritt aus der Partei bekannt.

Wozu nun diese offene Einmischung der Präsidentenadministration in die Arbeit dieser Partei?

Zu den Gründen für diese Ereignisse kursieren verschiedene Versionen. Der ersten zu Folge handelt es sich um das Zusammentreffen personalpolitischer Fehler Prochorows und dem Konflikt um die Figur Rojsman, mit der die Lenkbarkeit des *Kremlprojektes* getestet wurde⁶. Die zweite Version lautet: Motive für die Einmischung war die abgekühlte Haltung des Kreml zum Projekt »Rechte Sache«, möglicherweise mit dem zusätzlichen Moment, dass zur betreffenden Zeit die strategische Entscheidung über die Spitzenkandidatur Medwedews für die Partei »Einiges Russland« bereits gefallen war, und sich die Förderung eines zusätzlichen »präsidentenfreundlichen« Projektes erübrigte.

Womöglich hatte auch die am 4. September in der Sendung »NTWschniki« erfolgte Ankündigung Prochorows, dass er sich eine Präsidentschaftskandidatur nicht ausschließe, den Kreml auf den Plan gerufen.

Wie dem auch sei – dieser Skandal hat das Wahl- und Parteiensystem beträchtlich diskreditiert, indem er dem In- und Ausland dessen künstlichen und orchestrierten Charakter deutlich gemacht hat.

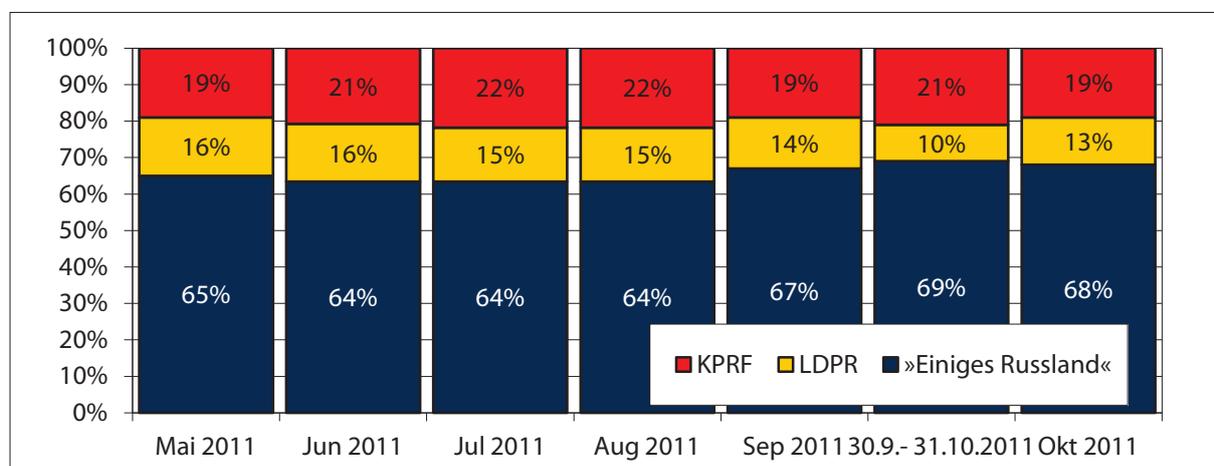
Die Assoziation GOLOS stellt als positiven Umstand fest, dass alle sieben politischen Parteien, die Kandidatenlisten eingereicht hatten, letztendlich zur Wahl zugelassen wurden.

⁶ So erklärte Prochorow am 15. September 2011, dass »in den vergangenen zwei Wochen, oder 10 Tagen« auf ihn Druck aus dem Kreml ausgeübt worden sei. »Ausnahmslos alle Leiter der regionalen Parteigliederungen sind in die örtlichen Administrationen vorgeladen worden. Mit den einen hat dann der Gouverneur geredet, mit den anderen der für Ideologiefragen zuständige Stellvertreter des Gouverneurs«, sagte er dem Sender Echo Moskwy. »Und allen hat man sehr nahe gelegt, nicht für eine Kandidatur Rojsmans in der Parteiliste zu stimmen.«

UMFRAGE

Prognosen für die Dumawahlen 2012

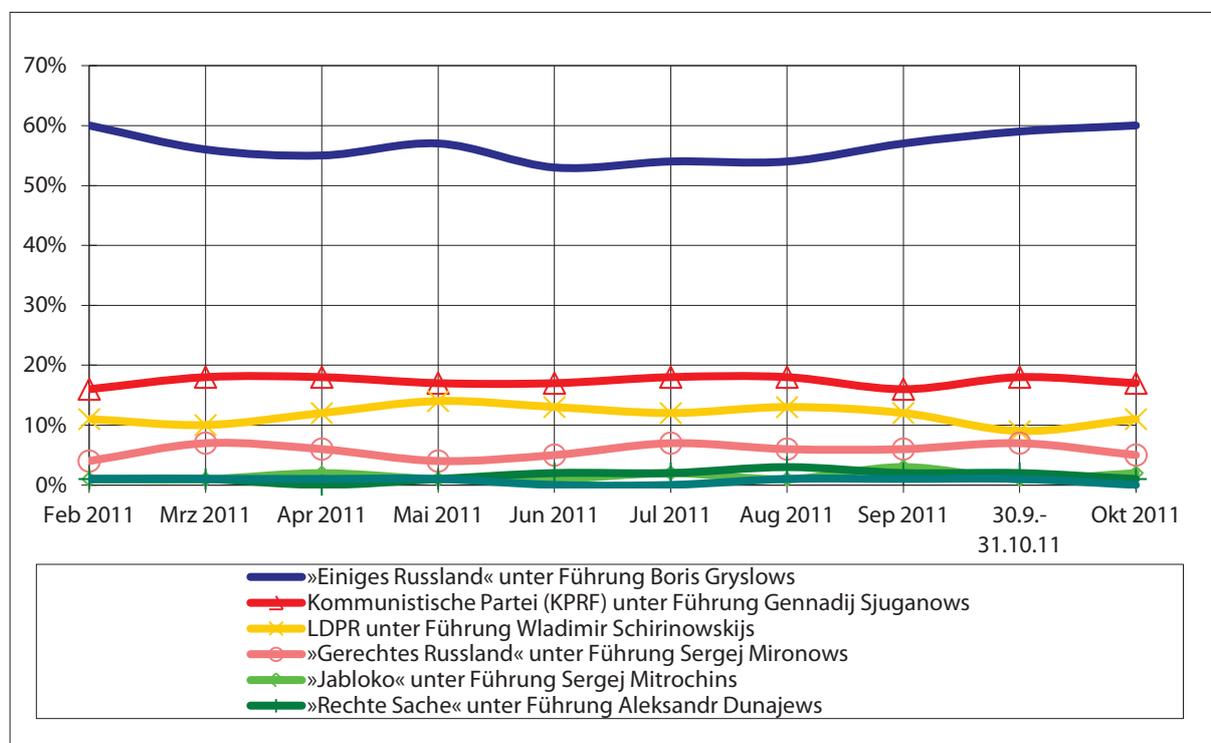
Grafik 11: Sitzverteilung in der Duma
(in % der effektiven Stimmen, der Parteien, die die 7%-Hürde überschritten haben)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Oktober 2011

<http://www.levada.ru/27-10-2011/oktyabrskie-reitingi-odobreniya-doveriya-i-polozheniya-del-v-strane-elektoralnye-reitingi>

**Grafik 12: Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?
(In % derer, die sich entschieden haben)**

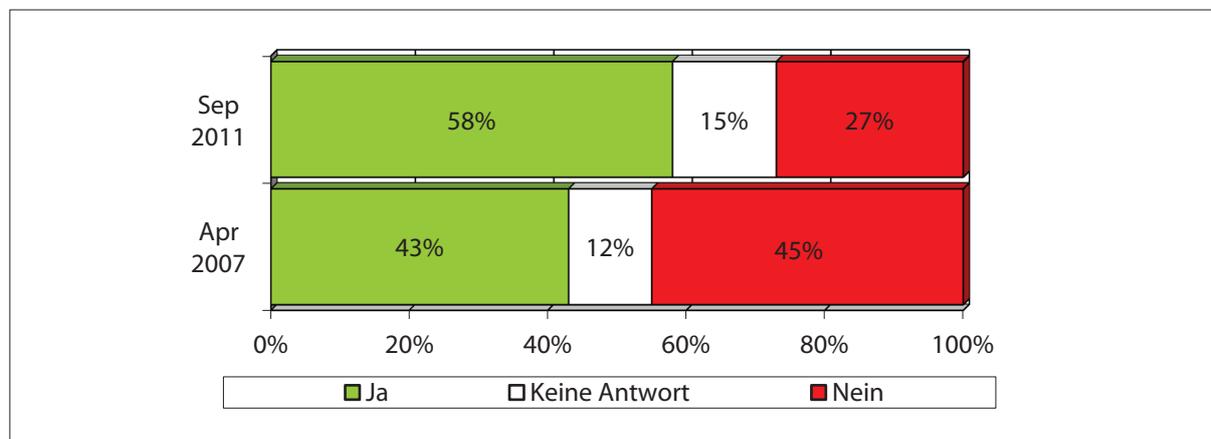


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Oktober 2011

<http://www.levada.ru/27-10-2011/oktyabrskie-reitingi-odobreniya-doveriya-i-polozheniya-del-v-strane-elektoralnye-reitingi>

Die Rolle von Wahlbeobachtung

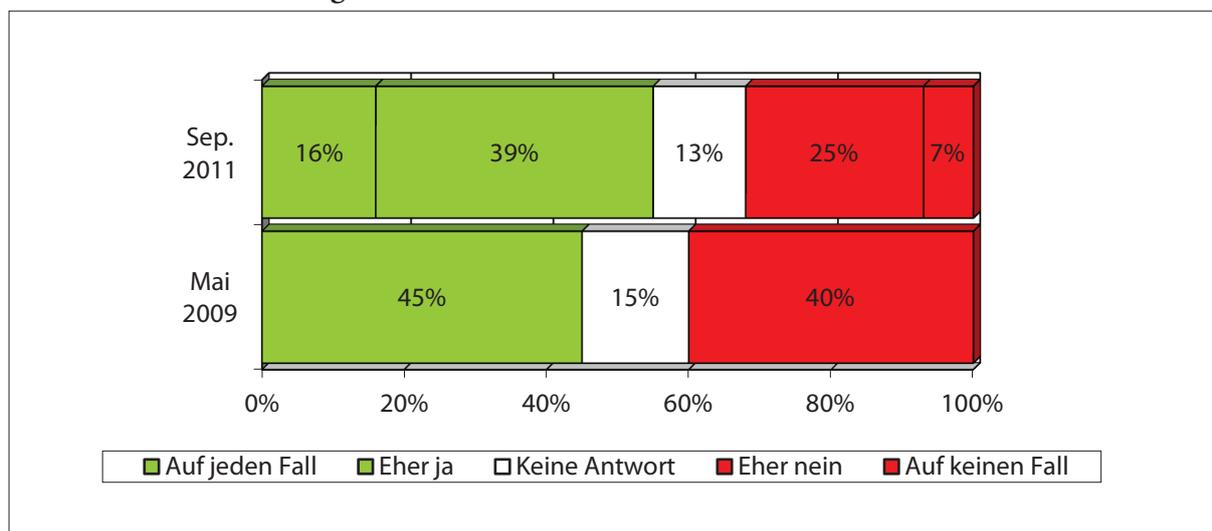
Grafik 13: Könnte Ihrer Meinung nach eine gesellschaftliche Kontrolle der Vorbereitung und des Verlaufs der Wahlen, durch politische Parteien, Journalisten und ausländische Beobachter, Missbräuche bei den Wahlen erheblich verringern?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. September

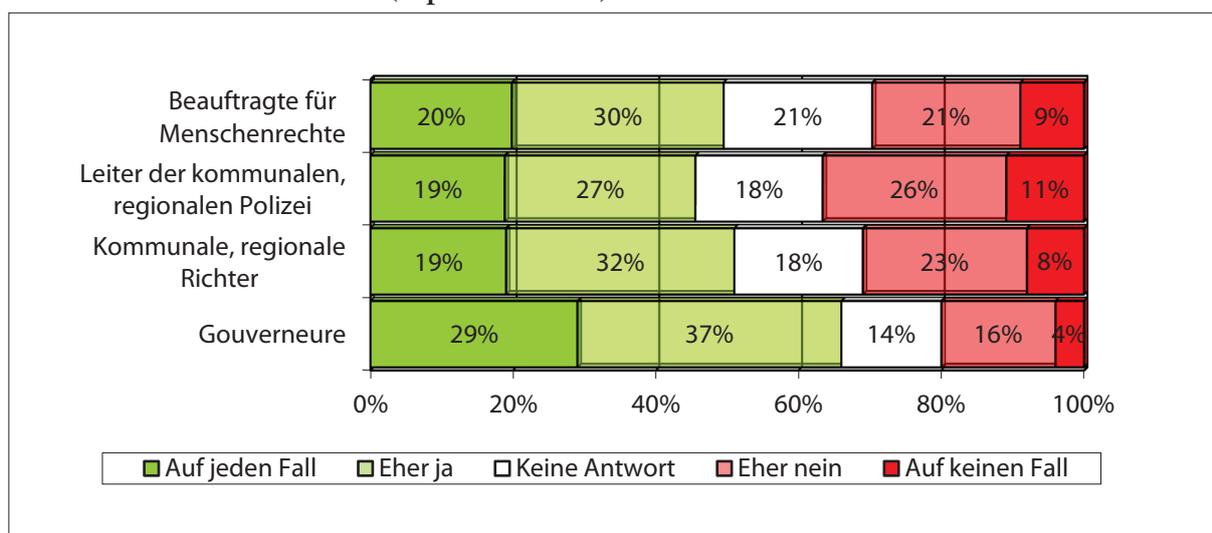
<http://www.levada.ru/print/20-10-2011/vybory-20112012-v-ramkakh-slozhivshegosya-trenda-po-dannym-sentyabrya-oktyabrya>

Grafik 14: Würde die Anwesenheit von internationalen Beobachtern, die die Durchführung der Wahlen verfolgen würden, Russland nützen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. September
<http://www.levada.ru/print/20-10-2011/vybory-20112012-v-ramkakh-slozhivshegosya-trenda-po-dannym-sentyabrya-oktyabrya>

Grafik 15: Wäre es Ihrer Meinung nach nützlich, neben den bestehenden Wahlen zu den gesetzgebenden Organen der Staatsmacht und den Präsidentschaftswahlen zudem folgende Ämter zu wählen? (September 2011)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. September
<http://www.levada.ru/print/20-10-2011/vybory-20112012-v-ramkakh-slozhivshegosya-trenda-po-dannym-sentyabrya-oktyabrya>

Vom 20. Oktober bis zum 3. November 2011

20.10.2011	Präsident Dmitrij Medwedew trifft sich in der journalistischen Fakultät der staatlichen Universität Moskaus mit Studenten und Vertretern von Jugendorganisationen um über das Thema interethnische Beziehungen zu sprechen. Einige Studenten, die auf Plakaten kritische Fragen stellen wollen, werden an der Teilnahme gehindert.
21.– 22.10.2011	Präsident Dmitrij Medwedew trifft in Turkmenistan mit Präsident Gurbanguly Berdymuchamedow zu Gesprächen zusammen. Thema sind die Energiebeziehungen zwischen beiden Ländern. Medwedew äußert zudem die Hoffnung, eine rechtliche Einigung über den Status des Kaspischen Meers zwischen den Anrainerstaaten zu erreichen.
24.10.2011	Das russische Außenministerium reagiert auf die Einreisebeschränkungen, die die USA am 26. Juli gegen russische Staatsbürger, die mit dem Tod des Anwalts Sergej Magnitskij in Verbindung stehen, verhängt haben. Die russische Seite erlässt Einreisebeschränkungen gegen amerikanische Amtsträger, die mit der Überführung des Geschäftsmannes und Waffenhändlers Viktor But sowie des Piloten und mutmaßlichen Drogenkuriers Konstantin Jaroschenko in die USA in Verbindung stehen.
24.10.2011	Die Partei »Einiges Russland« veröffentlicht ein sogenanntes »Volksprogramm«, das vom Institut für sozioökonomische und politische Studien ausgearbeitet worden ist. Das Programm wirbt für eine »Neue Industrialisierung« und eine Verbesserung der Arbeitsproduktivität. Zudem soll die Steuerbelastung für Unternehmen gesenkt werden, die Arbeitsplätze schaffen. Kompensiert werden soll dies durch Steuererhöhungen in der Bergbauindustrie sowie auf Alkohol und Tabak, deren Konsum erst ab 21 Jahre erlaubt werden soll.
25.10.2011	Im Rayon Grosny (Tschetschenien) werden zwei russische Militärangehörige bei einem Kontrollposten tot aufgefunden.
26.10.2011	Präsident Dmitrij Medwedew erklärt auf dem internationalen Forum für Nanotechnologie, dass die Modernisierungsprozesse im Zeitraum der Wahlen nicht zurückgefahren werden, im Gegenteil die staatliche Finanzierung der Modernisierungsprojekte werde erhöht.
27.10.2011	Präsident Dmitrij Medwedew spricht auf der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der Gründung des russischen Verfassungsgerichts. Er lobt die Richter für ihr großes Verantwortungsgefühl, ihr Pflichtbewusstsein und ihre Professionalität.
27.10.2011	Jurij Luschkow verklagt Sergej Naryschkin, den Leiter der Präsidialadministration, wegen der Ehrverletzung. Anlass ist eine Äußerung Naryschkins, in der dieser Luschkow unterstellt, in seiner Umgebung hemmungslose Korruption zugelassen zu haben.
28.10.2011	In Moskau wird nach sechsjähriger Renovierungsarbeit das Bolschoj-Theater feierlich wiedereröffnet. Präsident Dmitrij Medwedew hält eine Ansprache, in der er allen Beteiligten der Renovierungsarbeiten dankt.
28.10.2011	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt Aslan Tscherkessow wegen des Mordes am Fußballfan Jegor Swiridow vom 5. Dezember 2010 zu 20 Jahren Haft. Die Tat führte am 12. Dezember 2010 in Moskau zu Angriffen auf Nicht-russen und zu Massenunruhen auf dem Manege-Platz.
28.10.2011	Ein Moskauer Gericht verurteilt fünf Personen (einen weißrussischen Staatsbürger, einen Aktivist der Bewegung »Strategie-31« sowie drei Aktivisten der Bewegung »Anderes Russland«) zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und fünfzehn Jahren. Ihnen wird Aufhetzung zu den Massenunruhen auf dem Manegenplatz in Moskau am 12. Dezember 2010 zur Last gelegt.
29.10.2011	Dmitrij Medwedew trifft in Skolkowo mit Wissenschaftlern und Unternehmern zusammen und erklärt, dass im Jahr 2012 ca. eine Billion Rubel (ca. € 23,5 Mrd.) im Bereich der Modernisierung zu Verfügung gestellt werden, davon alleine 161 Mrd. Rubel (ca. € 3,8 Mrd.) in Raumfahrt und Telekommunikation.
30.10.2011	Russland setzt die Umstellung auf die Winterzeit bis auf weiteres aus. Somit vergrößert sich der Zeitunterschied zwischen Moskau und Berlin während der Winterperiode auf 3 Stunden.
30.10.2011	Präsident Medwedew trifft mit der Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey zusammen. Neben Gesprächen zu den bilateralen Beziehungen geht es vor allem um den WTO-Beitritt Russlands, bei denen die Schweiz eine Vermittlerrolle spielt. Medwedew zufolge hofft Russland, bis Ende des Jahres der Welthandelsorganisation beitreten zu können. Nachdem Georgien am Vortag einem Kompromissvorschlag der Schweiz zugestimmt hatte, muss Russland nun reagieren.
30.10.2011	Der Fernsehsender NTW strahlt einen Beitrag über Entführung und Folter in Tschetschenien und die unzureichende juristische Aufarbeitung der Vorfälle aus. Der Beitrag wird nach Ausstrahlung im Gebiet Fernost und Ural wegen »notwendiger Überarbeitungen« aus dem Programm genommen. Die Medien vermuten eine Intervention des tschetschenischen Staatsoberhauptes Ramsan Kadyrow.

31.10.2011	Ca. 100 Personen versammeln sich am Rande des Moskauer Triumphalplatzes, um für die Einhaltung von Artikel 31 der russischen Verfassung, der die Versammlungsfreiheit garantiert, zu demonstrieren. Ca. 30 Personen werden kurzzeitig festgenommen.
31.10.2011	Die Träger des Staatspreises für Printmedien werden bekanntgegeben. Unter den Ausgezeichneten ist auch Michail Beketow, Chefredakteur der »Chimkinskaja Pravda«, der gegen die Abholzung des Waldes von Chimki protestierte und am 13. November 2008 von Unbekannten so schwer misshandelt wurde, dass ihm Beine und Finger amputiert werden mussten. Weitere Laureaten sind u. a. Irina Petrowskaja, »Nowaja Gaset«; Fjodor Lukjanow »Russland in der Internationalen Politik« und Mitarbeiter des Journals »Um die Welt«.
01.11.2011	Sergej Stortschak, Stellvertretender Finanzminister Russlands, ersetzt den ehemaligen Finanzminister Alexej Kudrin als bevollmächtigten Vertreter Russlands im Rat der Eurasischen Entwicklungsbank.
01.11.2011	Präsident Dmitrij Medwedew trifft bei einer Reise nach Barnaul (Bezirk Altaj) mit Aktivisten von »Einiges Russland« zusammen und erklärt, dass zur Bekämpfung des Alkoholverkaufs an Minderjährige den Verkäufern mit Freiheitsstrafen gedroht werden sollte. »Setzen wir 20 von ihnen (ins Gefängnis), verderben wir ihnen den Appetit. Sie werden sich fürchten. So ist das Leben«.
01.11.2011	Die Staatsduma nimmt in zweiter und dritter Lesung das umstrittene »Gesetz über den Schutz der Gesundheit in Russland« an. Es garantiert der Bevölkerung eine kostenlose medizinische Hilfe, deren Standards landesweit einheitlich festgelegt werden, und erlaubt dem Patienten, seinen Arzt und die medizinische Einrichtung (einmal im Jahr) selbst auszuwählen. Zudem wird die Regelungen kostenpflichtiger medizinischer Dienstleistungen konkretisiert und festgelegt, dass professionelle medizinische Gesellschaften an der Ausarbeitung von Standards, Behandlungsprotokollen und der Beiträge im System der gesetzlichen Krankenversicherung mitarbeiten dürfen.
01.11.2011	Die russische Flugbehörde entzieht den Luftfahrtunternehmen »Sky Express«, »Luftfahrtunternehmen Rjasan« und »Flugtransport Smolensk« die Lizenz.
02.11.2011	Dmitrij Peskow, Pressesprecher Wladimir Putins, gibt bekannt, dass Putin eine Erklärung unterzeichnet hat, wonach die Partei »Einiges Russland« sein Konterfei im Wahlkampf verwenden darf.
02.11.2011	Pawel Gusew, Vorsitzender der Kommission für Kommunikation, Informationspolitik und Meinungsfreiheit in den Massenmedien der russischen Gesellschaftskammer, gibt bekannt, das in den ersten zehn Monaten dieses Jahres mehr als 150 Journalisten bedroht oder physisch angegriffen wurden.
02.11.2011	Präsident Dmitrij Medwedew trifft in St. Petersburg mit dem südkoreanischen Präsidenten Lee Myung-bak zusammen. Bei den Gesprächen nimmt auch der Gazprom-Vorsitzende Aleksej Miller teil, der bekannt gibt, dass ab 2017 durch eine noch zu errichtende Pipeline Gas via Nordkorea an Südkorea geliefert werden soll. Weitere Themen betreffen Innovationen, Modernisierung sowie die humanitäre Zusammenarbeit.
03.11.2011	Die Zeitschrift Forbes veröffentlicht eine Liste der 70 einflussreichsten Menschen der Welt. Ministerpräsident Wladimir Putin belegt hinter US-Präsident Obama den zweiten Platz. Auf Platz drei folgt Hu Jintao, Chinesischer Staatspräsident, gefolgt von Angela Merkel. Russlands Präsident Dmitrij Medwedew belegt den 59. Platz.
03.11.2011	Dmitrij Medwedew nimmt in Cannes am G-20 Treffen der Staats- und Regierungschefs teil. Zudem treffen sich die Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten, in deren Folge Medwedew und der Chinesische Staatspräsident Hu Jintao zu einem Gespräch zusammenkommen. Als zentrales Thema der Treffen dominiert die Wirtschaftskrise sowie die Krise im Euro-Raum. Thema beim G-20 Treffen ist zudem der Schutz des geistigen Eigentums im Internet.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de